WIR KOMMUNALEN

*Magazin der Jungen Bürgermeister*innen*

3/26

KI fürs Rathaus

Kommunen als Pfeiler der Digitalisierung



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN



Die **Stadt von morgen** beginnt **heute**

Wir begleiten Sie in die **Zukunft urbaner Mobilität** und auf dem Weg zur **digitalen Transformation** – mit digitalen Parkberechtigungen über **Apps wie mobilet** und hocheffizienten Kontrolllösungen wie dem **ARGOS Scan-Car**.

Unterstützt von einem **erfahrenen Team**, das Ihnen vom ersten Konzept bis hin zum laufenden Betrieb zur Seite steht.

Sprechen Sie uns an und gestalten Sie heute mit uns die Stadt von morgen.

info@urbanova.group
urbanova.group/de

URBANOVA. GROUP

STADTRAUM PLANUNG | PARKRAUM SERVICE | MTD LABS

Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, liebe Leserinnen und Leser,



Foto: Liesa Johannssen-Koppitz

in der letzten „WirKommunalen“ hatten wir den Schwerpunkt Kommunalfinanzen. Die grundsätzliche Frage dort: Wie bleibt der Staat vor Ort handlungsfähig?

Unser neues Positionspapier „Deutschland braucht einen Neustart“ hat diese Frage weiter zugespitzt. Grundlage dafür waren auch die Ergebnisse unseres vierten Stimmungsbarometers: finanzielle Engpässe und vor allem Verfahren, die zu viel Zeit und Ressourcen binden. Handlungsfähigkeit ist dabei nicht allein eine Frage des Geldes. Natürlich ist Geld wichtig. Es geht aber auch darum, wie unser Staat organisiert ist und ob seine Strukturen zu den Aufgaben passen, die er erfüllen soll.

Die Resonanz auf unser Papier hat uns gefreut. Dass auch Bundesminister Karsten Wildberger in seinem Grußwort auf das Stimmungsbarometer und unser Positionspapier eingeht, zeigt: Die Frage nach einem moderneren und handlungsfähigeren Staat wird inzwischen an vielen Stellen gestellt.

Damit sind wir schnell bei einem Thema, das derzeit fast überall diskutiert wird: Künstliche Intelligenz.

KI ist längst kein abstraktes Zukunftsversprechen mehr, sondern eine konkrete Erfahrung aus der kommunalen Praxis. Wir schauen auf die Grundlagen und Voraussetzungen, auf konkrete Erfahrungen aus den Rathäusern und auf Werkzeuge, die sich unmittelbar nutzen lassen. Und wir werfen einen Blick darauf, wohin die Entwicklung gehen könnte.

KI wird die Probleme der Kommunen nicht lösen. Sie ersetzt weder fehlendes Geld noch fehlende Fachkräfte und schon gar nicht politische Entscheidungen. Aber sie kann helfen, Verwaltungsarbeit anders zu organisieren, Routinen zu vereinfachen und knappe Ressourcen dort einzusetzen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

KI ist längst kein abstraktes Zukunftsversprechen mehr, sondern eine konkrete Erfahrung aus der kommunalen Praxis.

Ein handlungsfähiger Staat entsteht aus vielen Bausteinen: große Reformen, auskömmliche Finanzierung, neue Ideen und ein neues Mindset. Er zeigt sich aber auch darin, ob eine Mitarbeiterin im Rathaus einen Vorgang schneller bearbeiten kann, ob Bürger*innen einfacher zu einer Leistung kommen – und ob neue technische Möglichkeiten tatsächlich dazu beitragen, Verwaltung besser zu machen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Henning Reichardt-Witzel
*Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister*innen*

IMPRESSUM
Projektleitung und Redaktion: Henning Reichardt-Witzel (V.i.S.d.P.), Nina Müller
Layout & Satz: ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH **Anzeigen:** Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK **Titelfoto:** ChatGPT **Druck:** Winkhardt + Spinder GmbH & Co. KG, Ernsthaldenstraße 53, 70565 Stuttgart **Erscheinungstermin:** 10/2026

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen der Bundesrepublik Deutschland e. V. wird gefördert von der Stiftung Mercator.

STIFTUNG MERCATOR



Foto: BMDS/Woithe

DR. KARSTEN WILDBERGER
Bundesminister für Digitales
und Staatsmodernisierung

**Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,
liebe Leserinnen und Leser,**

es ist eine große Aufgabe, unser Land zu modernisieren – und ohne Sie, die vielen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, wäre sie nicht zu bewältigen! Sie repräsentieren unseren Staat vor Ort und haben für die Anliegen der Menschen und der Wirtschaft ein Herz und ein offenes Ohr. Dafür, dass Sie diese wichtige – und oft sehr herausfordernde – Funktion wahrnehmen, möchte ich Ihnen zuallererst ausdrücklich danken!

Die Ergebnisse des vierten kommunalen Stimmungsbarometers, die kürzlich als Bestandteil Ihres Positionspapiers „Deutschland braucht einen Neustart“ veröffentlicht wurden, sind für mich und mein Haus von großem Wert. Aus ihnen geht hervor, dass es bei der Verwaltungsmodernisierung um mehr geht als nur die Optimierung der Strukturen von gestern. Ich teile Ihre Analyse: Es reicht nicht, nur bestehende Verfahren zu digitalisieren.

Unser Land braucht ein Update. Dafür arbeiten wir nicht nur am Rückbau überflüssiger Bürokratie, sondern auch an einer ebenenübergreifenden, skalierbaren und souveränen Technologieplattform – dem „Deutschland-Stack“. Sein Plattformkern stellt fünf Basisdienste zur Nachnutzung bereit. Dazu gehören etwa der zwischenbehördliche Datenaustausch oder die Authentifizierung mit der EUDI-Wallet (d-you). Ergänzt wird dieser Kern durch eine LowCode-Plattform, agentische KI und eine souveräne Cloud-Infrastruktur. Auch die geplante „Deutschland-App“, die das Bürgeramt aufs Smartphone holt, soll angebunden werden.

Um Bearbeitungs- und Prüfprozesse in der Verwaltung effizienter zu machen, bringen wir außerdem Kommunen und Start-ups in unserem Agentic AI Hub zusammen. Von März bis Mai 2026 haben wir dort 20 Pilotprojekte getestet. In der derzeit laufenden zweiten Phase geht es nun darum, zu skalieren und weitere Anwendungsfälle zu identifizieren. Zudem haben wir im September eine weitere Matching-Runde zwischen Kommunen und Start-ups gestartet. Und auch unser Programm „Flächendeckung digitale Verwaltungsleistungen“ nimmt Geschwindigkeit auf – viele Bundesländer nehmen bereits teil oder planen eine Teilnahme.

Es passiert also eine Menge. Ich weiß allerdings auch: Es liegt noch ein gutes Stück Weg vor uns, und er wird weitere Anstrengungen mit sich bringen. Aber: Es wird sich lohnen. Auf die Kommunen kommt es dabei entscheidend an! Bündeln wir also die Kräfte und gehen den Weg im Team. Denn ein agiler, digitaler und moderner Staat ist die Voraussetzung für unsere Zukunft – ich freue mich darauf, sie mit Ihnen gemeinsam weiter zu gestalten!

Ihr



Karsten Wildberger

WARUM **WIR DABEI SIND**



Eren Yantaki, *Bezirksbürgermeister des Stadtbezirks Meiderich/Beeck in Duisburg*

„Ich war schon immer jemand, der gerne mitgestaltet und Dinge bewegt. Als Bezirksbürgermeister des Duisburger Stadtbezirks Meiderich/Beeck darf ich heute ehrenamtlich Mitverantwortung für einen Bezirk mit über 70.000 Menschen übernehmen. Besonders gefällt mir der Austausch mit den Menschen vor Ort. Gerade als junger Bürgermeister ist mir aber auch der Austausch mit anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern wichtig. Viele Herausforderungen sind ganz ähnlich, und der Austausch über Erfahrungen und Ideen mit Menschen, die vielleicht schon länger im Amt sind, ist für mich besonders wertvoll."

Foto: Sideline Arts/ Markus Rehm

Teresa Grünbauer-Incir, *Bürgermeisterin der Gemeinde Pähl*

*„Ich bin dabei, weil ich als junge Frau und hauptamtliche Bürgermeisterin eines oberbayerischen Dorfs mit 2500 Einwohnern mich manchmal fast wie ein Einhorn fühle, so selten gibt es diese Kombi in meiner näheren Umgebung. Ich bin noch recht frisch im Amt und kann bei vielem auch noch nicht mitreden, aber es gefällt mir, dass auch andere Bürgermeister*innen Aussagen wie: ‚Das haben wir schon immer so gemacht' oder ‚Das geht nicht wegen der DSGVO' nicht selbstverständlich hinnehmen, sondern kreative Lösungen suchen, um mit dem Personal und den finanziellen Mitteln, die wir haben, es irgendwie doch hinzubekommen."*



Foto: Carola Huttner



Sarah Süß, *Bürgermeisterin der Gemeinde Steinhagen*

„Wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tragen viel Verantwortung und stehen dabei vor Herausforderungen, die Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kommunen oft besonders gut nachvollziehen können. Genau deshalb ist der Austausch im Netzwerk für mich so wertvoll: Erfahrungen teilen, voneinander lernen und über den eigenen kommunalen Tellerrand schauen. Oft sind es gerade die unkomplizierten Gespräche und praktischen Ideen aus anderen Kommunen, die neue Impulse für die eigene Arbeit geben. Und nicht zuletzt entstehen dabei persönliche Kontakte, die über den fachlichen Austausch hinaus wertvoll sind."

Foto: Christopher Gawollek

Thorben Brackmann, *Bürgermeister der Stadt Lauenburg/Elbe*

„Was haben Kaffee und künstliche Intelligenz gemeinsam? Ohne die beiden funktioniert die öffentliche Verwaltung nicht… Was auf Kaffee schon länger zutrifft, wird in ein paar Jahren sicher auch für KI gelten. Um auch für meine Verwaltung bei dem Thema voranzukommen, war das Netzwerktreffen in Berlin Gold wert und ein Blick über den Tellerrand: vielfältige Aussteller, interessante Impulse, gute Vorträge und die Chance, sich auszutauschen und zu vernetzen. Daraus haben sich mehrere Ideen und Anschlusstermine ergeben. Ich freue mich auf die kommenden Jahre im Netzwerk – mit ganz viel natürlicher und künstlicher Intelligenz!"



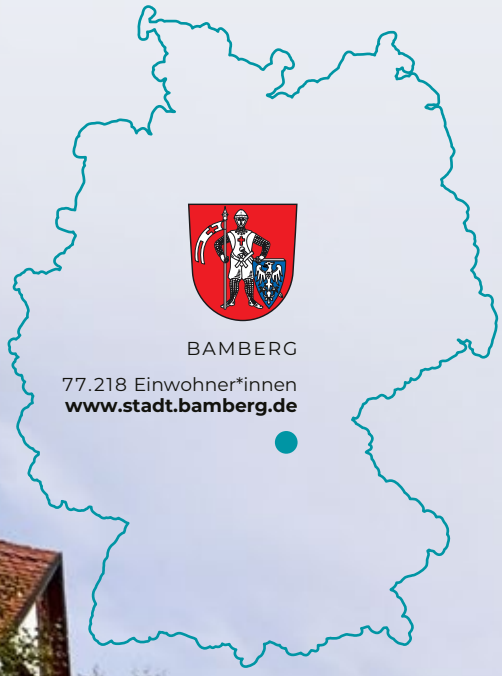
Foto: Dirk Eisermann



Maximilian Klöss, *Bürgermeister der Stadt Lindenfels*

*„Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen ist für mich von unschätzbarem Wert. Der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen ist elementar. Ich nenne unsere Gespräche gerne meine „Therapiestunden". Die Hilfsbereitschaft untereinander ist außergewöhnlich und zeigt: Niemand muss die Verantwortung allein tragen. Jede Kommune ist anders, doch viele Herausforderungen ähneln sich. Warum sollte jeder das Rad neu erfinden, wenn andere es längst am Lamborghini montiert haben? Am Ende profitieren davon nicht wir Bürgermeister*innen – sondern vor allem die Menschen in unseren Städten und Gemeinden."*

Foto: privat



BAMBERG

77.218 Einwohner*innen
www.stadt.bamberg.de

MEIN RATHAUS ...

Wer das Alte Rathaus auf der Oberen Brücke zum ersten Mal sieht, stellt sich unweigerlich die Frage: Warum sind die Bamberger eigentlich auf die verrückte Idee gekommen, ihr Rathaus mitten ins Wasser zu bauen?





Foto: stock.adobe.com/uslatar

Die Antwort darauf ist eine Mischung aus Dichtung und Wahrheit – und erzählt viel über unsere Stadt und ihren besonderen Charakter.

Die Legende besagt, dass der Fürstbischof den Bürgern kein Grundstück für den Bau ihres Rathauses überlassen wollte. Die Bamberger ließen sich davon nicht beeindrucken und schufen kurzerhand selbst einen Platz: mitten in der Regnitz. So wurde das Rathaus zum sichtbaren Zeichen ihres kommunalen Selbstbewusstseins und ihres Anspruchs, ihre Stadt selbst mitzugestalten.



SEBASTIAN M. NIEDERMAIER
Oberbürgermeister der Stadt Bamberg

Foto: Jürgen Schraudner, Stadtarchiv

Die historische Wahrheit ist etwas komplexer. Der Fürstbischof regierte nicht nur als Bischof, sondern auch als Landesherr über ein großes Territorium. Sein Regierungszentrum lag auf dem Domberg. Zu Füßen der Burg entwickelte sich entlang einer alten Handelsstraße eine erste Bürgersiedlung. Bamberg war schon im 11. und 12. Jahrhundert ein attraktiver Ort für Menschen, die Handel treiben, ein Handwerk aufbauen oder sich eine eigene Existenz schaffen wollten. Die Stadt wuchs – und der Platz wurde knapp.

Deshalb entstand jenseits des linken Regnitzarms eine Neustadt. Die Brücken zwischen Alt- und Neustadt waren zugleich wichtige Verkehrs- und Handelswege, gesäumt von Buden und Läden. Inmitten dieses geschäftigen Treibens errichteten die Bamberger ihr Rathaus – genau zwischen den beiden Teilen der Stadt und damit gewissermaßen ganz gerecht, ohne eine Seite zu bevorzugen.

„Es ist nicht nur ein architektonisches Wahrzeichen, sondern erzählt von Selbstbewusstsein, Handel, Wachstum und dem Willen der Bürgerinnen und Bürger, ihre Stadt selbst in die Hand zu nehmen.“

Genau das macht unser Altes Rathaus für mich bis heute so besonders. Es ist nicht nur ein architektonisches Wahrzeichen, sondern erzählt von Selbstbewusstsein, Handel, Wachstum und dem Willen der Bürgerinnen und Bürger, ihre Stadt selbst in die Hand zu nehmen. Heute nutzen wir den Rokokosaal für repräsentative Anlässe. Aber auch dann bleibt spürbar: Dieses Haus gehört zur Geschichte der Bamberger Bürgergesellschaft – und damit zu dem Bamberg, das wir gemeinsam weiterentwickeln wollen.

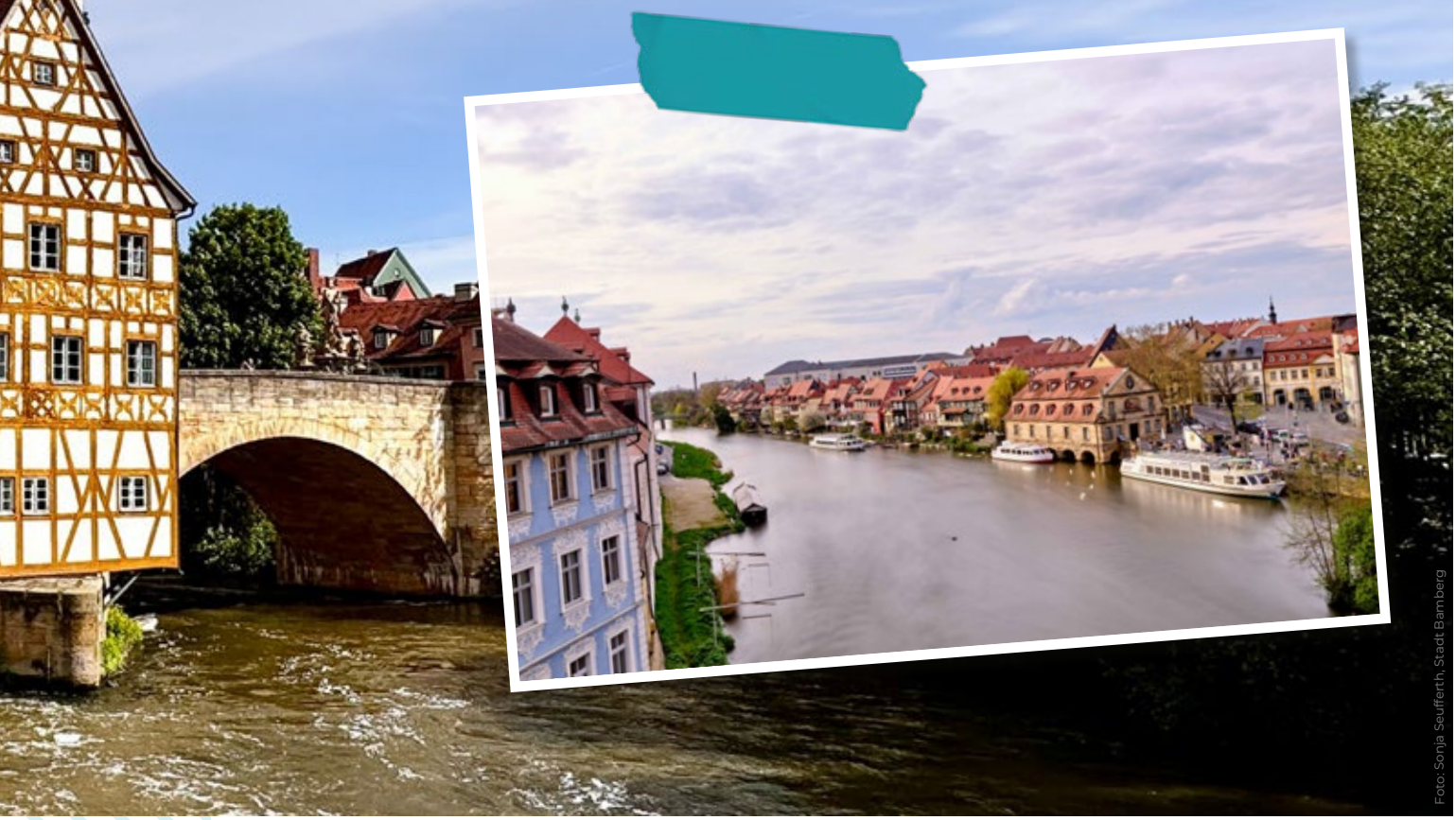


Foto: Sonja Seufferth, Stadt Bamberg

Es mangelt nicht an Motivation – es mangelt an Spielräumen



Foto: KI-generiert

VON HENNING REICHARDT-WITZEL

Fragen zur finanziellen Handlungs(un)fähigkeit unserer Kommunen stehen besonders im Fokus. Die Kommunen befinden sich an ihrer Belastungsgrenze. Trotzdem ist das nicht die ganze Geschichte: Es sind in der Tat desaströse Zahlen. Nur noch 18 Prozent der befragten jungen Bürgermeister*innen halten ihre Kommune derzeit für finanziell handlungsfähig. 68 Prozent arbeiten mit einem defizitären Haushalt, 66 Prozent sagen, dass sich ihre Haushaltssituation im vergangenen Jahr weiter verschlechtert hat.

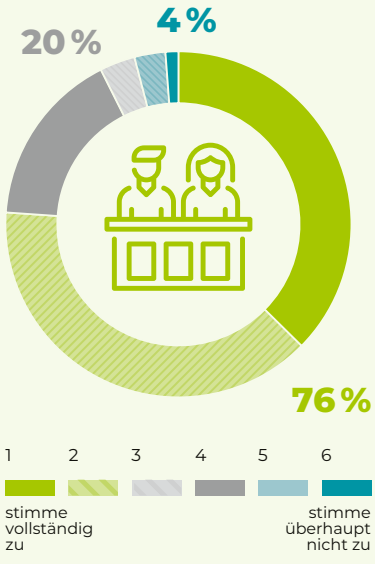
Das ist eine Entwicklung, die sich inzwischen durch viele kommunale Gespräche zieht. Die finanzielle Lage ist nicht mehr nur eines von mehreren Problemen. Sie bestimmt zunehmend den Handlungsspielraum insgesamt.

Zwischen Haushaltskrise und persönlicher Zuversicht

Doch die bemerkenswerteste Zahl unseres vierten kommunalen Stimmungsbarometers ist nicht die zur Finanzlage. Denn die Antworten erzählen eine zweite Geschichte. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen bezeichnen 76 Prozent der Befragten das Amt der Bürgermeisterin beziehungsweise des Bürgermeisters weiterhin als ihren Traumjob. 65 Prozent sind mit ihrer Tätigkeit zufrieden. Und der Anteil derjenigen, die sich dauerhaft im Krisenmodus sehen, ist gegenüber dem Vorjahr von 56 auf 45 Prozent gesunken.

Das klingt zunächst widersprüchlich. Für mich ist es eher ein Hinweis darauf, dass sich viele Bürgermeister*innen auf eine Situation eingestellt haben, die ihnen längst als neuer kommunaler Alltag begegnet. Die Probleme sind nicht verschwunden. Aber sie werden anders eingeordnet und bearbeitet.

„Bürgermeister*in ist/war mein Traumjob."



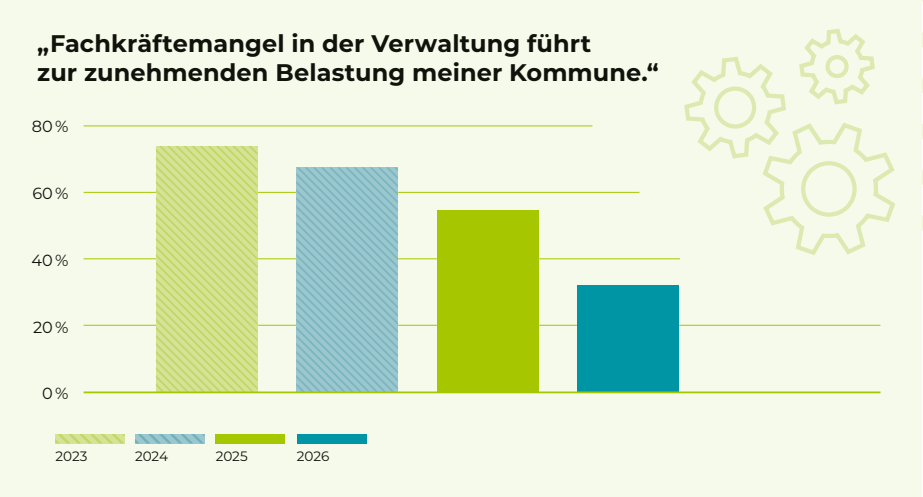
Auffällig ist auch, dass die Zahl der durchschnittlich genannten Herausforderungen gegenüber den ersten Erhebungen zurückgegangen ist. Das sollte man nicht mit einer generellen Entspannung verwechseln. Vielmehr konzentriert sich der Blick stärker auf die Themen, die derzeit den kommunalen Handlungsspielraum unmittelbar bestimmen. An erster Stelle steht dabei die finanzielle Situation.

Fachkräftemangel verliert an Bedeutung

Damit verändert sich auch die Diskussion über Personal. Noch vor zwei Jahren nannten 67 Prozent den Fachkräftemangel in der Verwaltung als Ursache für zunehmende Belastung. 2025 waren es 54 Prozent, in diesem Jahr 32 Prozent. Auch der Wunsch nach „mehr Personal" als Lösung ist von 42 auf 24 Prozent zurückgegangen.

Das bedeutet nicht, dass der Fachkräftemangel gelöst wäre. Im Gegenteil: Die Kommunen wissen sehr genau, dass sie mit weniger verfügbaren Fachkräften dauerhaft anders arbeiten müssen. Die Antworten zeigen eher eine Veränderung der Perspektive. Personal allein wird die strukturellen Probleme nicht lösen. Wenn weniger Menschen mehr Aufgaben bewältigen müssen, wird die Frage wichtiger, welche Aufgaben, Verfahren und Prozesse überhaupt noch sinnvoll sind.

Parallel gewinnt die Frage an Bedeutung, wie Verwaltungsleistungen mit den vorhandenen personellen Ressourcen organisiert werden können.



Entsprechend ist die Digitalisierung und Modernisierung der Verwaltung das einzige größere Zukunftsthema, das in unserer Befragung an Bedeutung gewonnen hat. Digitalisierung wird dabei nicht mehr nur als technische Frage verstanden. Es geht um die Möglichkeit, Verwaltungsarbeit anders zu organisieren und knappe personelle Ressourcen dort einzusetzen, wo sie tatsächlich gebraucht werden.

Bürokratie belastet an Schnittstellen

Besonders deutlich wird dieser Zusammenhang beim Thema Bürokratie. In diesem Jahr haben wir gemeinsam mit der Hertie School im Rahmen des Netzwerks #HandlungsfähigeKommunen erstmals konkreter danach gefragt, welche Verfahren aus Sicht der Bürgermeister*innen unnötig viel Zeit und Aufwand verursachen.

Das Ergebnis ist eindeutig. 72,4 Prozent nennen Förderprogramme und Förderverfahren als besonders große Bürokratiebelastung. 64,2 Prozent nennen Nachweis- und Dokumentationspflichten, 58,8 Prozent Planungs- und Genehmigungsverfahren. Es folgen Vorgaben von Bund und Ländern, Vergabeverfahren und die Abstimmung zwischen Behörden und staatlichen Ebenen.

Interessant ist dabei weniger, dass einzelne Verfahren kompliziert sind. Interessant ist das Muster dahinter: Ein erheblicher Teil der Belastung entsteht an den Schnittstellen zwischen staatlichen Ebenen und Institutionen. Die einzelne Regel mag für sich begründbar sein. In der Summe entsteht daraus aber ein System, das viel Zeit mit Ver-

ANZEIGE



Welche Bereiche verursachen aktuell den größten unnötigen Verwaltungsaufwand?

Förderprogramme und Fördermittelverfahren	**72,4 %**
Berichtspflichten, Dokumentationen und Nachweispflichten	**64,2 %**
Planungs- und Genehmigungsverfahren	**58,8 %**
Vorgaben und Regelungen von Bund und Ländern	**53,1 %**
Vergabe- und Beschaffungsverfahren	**50,6 %**
Abstimmungen zwischen verschiedenen Behörden und Verwaltungsebenen	**49,8 %**
Datenschutz- und Informationssicherheitsanforderungen	**42,0 %**
Digitalisierung/fehlende Schnittstellen zwischen IT-Systemen	**38,7 %**
Regelungen im Sozial-, Bau- oder Umweltbereich	**30,5 %**
Personalgewinnung und Personalverwaltung	**14,4 %**
Aktuell kein wesentlicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand	**0,8 %**

fahren bindet, die mit der eigentlichen Aufgabe vor Ort nur noch wenig zu tun haben.

Gerade Förderprogramme sind dafür ein gutes Beispiel. Wenn eine Kommune Geld für eine eigentlich sinnvolle Investition bekommen kann, dafür aber umfangreiche Anträge, Nachweise und Dokumentationen erforderlich sind und sich die Auszahlung lange hinzieht, wird aus einem Instrument zur Unterstützung schnell zusätzlicher Verwaltungsaufwand.

Das ist auch deshalb relevant, weil die finanzielle Situation der Kommunen den Spielraum ohnehin immer weiter einschränkt. Wo Geld knapp ist, können zusätzliche bürokratische Anforderungen nicht einfach aus einer komfortablen Verwaltung heraus abgearbeitet werden. Sie konkurrieren um dieselben personellen Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen.

Migration spielt kommunal nur noch eine kleine Rolle

Ein anderes Ergebnis des Barometers fällt in der aktuellen politischen Debatte besonders auf: Die Bedeutung des Themas Migration hat aus Sicht der befragten jungen Bürgermeister*innen deutlich abgenommen. Integration und Unterbringung als Ursache kommunaler Überlastung nennen in diesem Jahr 16 Prozent, im vergangenen Jahr waren es noch 37 Prozent. Als Herausforderung für die kommenden zwölf Monate nennen das Thema noch 7 Prozent gegenüber 33 Prozent im Vorjahr.

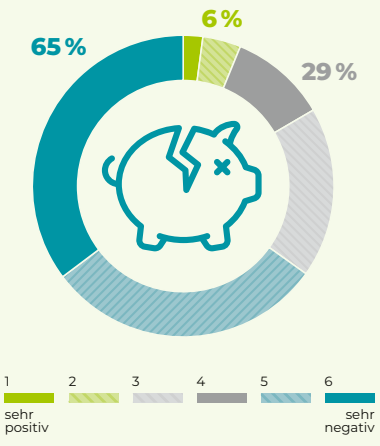
Das bedeutet nicht, dass die Herausforderungen rund um Migration und Integration vor Ort überall gelöst wären. Es zeigt zunächst, dass sich die kommunale Wahrnehmung innerhalb eines Jahres deutlich verändert hat. Andere Probleme sind in den Vordergrund gerückt – allen voran die finanzielle Handlungsfähigkeit.

Auch beim Thema Demokratie lohnt ein genauer Blick. Der Anteil derjenigen, die die lokale Demokratie als gefährdet ansehen, bleibt insgesamt relativ stabil. Verändert haben sich aber die Gründe, die dafür genannt werden. Neben politischer Unzufriedenheit und Vertrauensverlust rücken Fragen der politischen Kultur und der Funktionsfähigkeit des politischen Systems stärker in den Vordergrund. Hinzu kommt die ganz praktische Erfahrung, dass kommunale Politik nur dann Gestaltungskraft entfalten kann, wenn die Kommune über die notwendigen finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten verfügt.

Zwischen Haushaltskrise und persönlicher Zuversicht

Damit schließt sich der Kreis zur kommunalen Handlungsfähigkeit. Demokratie vor Ort lebt nicht allein davon, dass Menschen wählen und politische Ämter übernehmen. Sie lebt auch davon, dass Entscheidungen getroffen und anschließend umgesetzt werden können. Wenn politische Beschlüsse regelmäßig an fehlenden Ressourcen, komplizierten Verfahren oder unklaren Zuständigkeiten scheitern, entsteht irgendwann der Eindruck, dass Politik zwar verspricht, aber nicht mehr gestalten kann. Vermutlich erklärt das auch, warum trotz der schwierigen Lage so viele Bürgermeister*innen ihr Amt weiterhin als ihren Traumjob bezeichnen. Die Antworten unseres Barometers sind kein Ausdruck von Zufriedenheit mit den Rahmenbedingungen. Aber sie zeigen deutlich, dass die Bereitschaft, Verantwortung zu tragen, bei den jungen Bürgermeister*innen ungebrochen ist.

Entwicklung der Haushaltslage 2026



Staatlicher Anspruch und kommunale Wirklichkeit

Das ist eine wichtige Nachricht. Denn die Kommunen verlieren gerade massiv an finanziellen und organisatorischen Spielräumen, aber sie verlieren nicht ihre Bereitschaft zu gestalten. Die politische Aufgabe besteht deshalb nicht darin, den Kommunen immer neue Aufgaben und Programme zu geben. Sie besteht darin, ihnen die Voraussetzungen zu schaffen, unter denen sie ihre Aufgaben tatsächlich erfüllen können.

Genau das ist der Grund dafür, dass wir in diesem Jahr die Ergebnisse des Stimmungsbarometers als einfache Bestandsaufnahme haben stehen lassen. Sie sind ein zentraler Teil unseres Positionspapiers „Deutschland braucht einen Neustart“. Denn die Zahlen zeigen sehr konkret, wo der staatliche Anspruch und die kommunale Wirklichkeit auseinanderfallen.

In den kommenden Monaten wollen wir insbesondere die Bürokratiefrage weiter vertiefen. Entscheidend wird dabei sein, nicht nur über Bürokratie zu klagen, sondern anhand konkreter Erfahrungen zu fragen, welche Verfahren verändert, vereinfacht oder ganz abgeschafft werden können.

Das vierte Stimmungsbarometer liefert dafür eine klare Ausgangslage: Die Kommunen brauchen nicht in erster Linie neue Aufgaben und neue Programme. Sie brauchen wieder mehr Möglichkeiten, ihre Aufgaben zu erfüllen. Und sie brauchen einen Staat, der ihnen dabei nicht zusätzliche Hindernisse in den Weg stellt.

Fazit

Das ist letztlich die Frage, die hinter vielen Ergebnissen dieser Befragung steht: Wie schaffen wir einen Staat, der seine Kräfte dort einsetzt, wo sie gebraucht werden – und der den Menschen vor Ort wieder mehr zutraut? ■

Deutschland braucht einen Neustart

Warum wir aus dem Stimmungsbarometer mehr gemacht haben

VON HENNING REICHARDT-WITZEL



Foto: Liesa Johannssen-Koppitz

Fokussierte Arbeit
am Positionspapier

Manchmal merkt man erst an den Reaktionen, dass man mit einem Thema einen Punkt getroffen hat. Als wir am 31. August unser Positionspapier „Deutschland braucht einen Neustart“ veröffentlicht haben, hatten wir natürlich auf Aufmerksamkeit gehofft. Mit der Geschwindigkeit und Breite der Reaktionen hatten wir trotzdem nicht gerechnet.

Noch vor der Veröffentlichung berichtete das Hauptstadtbriefing von Table Media über das Papier, kurz danach folgten Anfragen des ARD-Hauptstadtstudios und des Behörden Spiegel. In den folgenden Tagen wurde das Papier in Gesprächen mit Abgeordneten aufgegriffen und in politischen Runden zitiert. So griff auf der Kommunalkonferenz des Seeheimer Kreises der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Fraktion, Dirk Wiese, das Papier in seinem Impuls auf, beim Vernetzungskreis Kommunales der Grünen-Bundestagsfraktion mit mehreren Bürgermeister*innen aus unserem Netzwerk stand das Papier ebenfalls im Mittelpunkt. Auch aus dem Bundesfinanzministerium kam bei der Kommunalkonferenz des BMI ein ausdrücklicher Bezug darauf. Und Digitalminister Karsten Wildberger hat es in seinem Grußwort für diese Ausgabe von „WirKommunalen“ aufgegriffen.

„Das Positionspapier verbindet das Ganze mit den Erfahrungen und politischen Überlegungen des Netzwerks.“

Das ist eine schöne Resonanz. Entscheidend ist für mich: Das Papier hat eine Debatte getroffen. Es geht um die Frage, wie Deutschland wieder handlungsfähiger werden kann – und welche Rolle die Kommunen dabei spielen. Genau aus dieser Frage ist das Papier entstanden.

Von einzelnen Positionen zu einem gemeinsamen Blick

Unser Netzwerk hat in den vergangenen Jahren immer wieder Stellung bezogen: zum Sondervermögen, zum Fördermittelirrsinn, zu den Ergebnissen der Initiative für einen handlungsfähigen Staat oder vor wenigen Wochen zum ersten Entwurf des Bundeshaushalts 2027. Häufig sind es konkrete politische Vorhaben, zu denen wir die Erfahrungen und Perspektiven junger Bürgermeister*innen eingebracht haben. Das ist wichtig und wird auch künftig Teil unserer Arbeit bleiben.

Gleichzeitig hat sich das Netzwerk weiterentwickelt. Wir sind längst nicht mehr nur ein Ort, an dem junge Bürgermeister*innen Erfahrungen austauschen. Aus dem Netzwerk heraus entstehen zunehmend eigene Positionen und Themen. Wir wollen uns deshalb nicht darauf beschränken, zu dem Stellung zu nehmen, was andere politisch auf die Tagesordnung setzen. Wir wollen stärker selbst beschreiben, was aus unserer Sicht auf die politische Tagesordnung gehört.

Bei der Vorbereitung der Befragung zum diesjährigen kommunalen Stimmungsbarometer haben wir gemerkt, dass dafür eigentlich schon vieles vorhanden ist. Wir haben die Erfahrungen aus inzwischen vier Befragungen, dazu zahlreiche Rückmeldungen von euch Bürgermeister*innen aus eurem Alltag und die Positionen, die das Netzwerk in den vergangenen Jahren zu einzelnen Themen entwickelt hat. Was bisher eher nebeneinanderstand, ließ sich zu einem größeren Bild verbinden. Das war der Ausgangspunkt für das neue Papier.

Das Stimmungsbarometer sollte mehr sein als eine Momentaufnahme

Wir führen die Befragung inzwischen zum vierten Mal durch. 2024 haben wir die Ergebnisse beispielsweise im Bundesinnenministerium bei der Auftaktveranstaltung der damaligen „Allianz für Kommunen“ vorgestellt. Auch damals ging es schon darum, die Stimmungslage der jungen Bürgermeister*innen sichtbar zu machen und eure Perspektive in die politische Debatte einzubringen.

In diesem Jahr sind wir einen Schritt weitergegangen. Wir wollten verstehen, was sich aus euren Erfahrungen für die grundsätzliche Frage ableiten lässt, wie Staat und Verwaltung künftig funktionieren müssen.

Das war auch deshalb naheliegend, weil die einzelnen Ergebnisse des Barometers immer stärker aufeinander verweisen. Finanzielle Probleme, fehlendes Personal,

komplizierte Verfahren, Digitalisierung und die Frage nach klaren Zuständigkeiten sind aus Sicht der Kommunen keine voneinander getrennten Themen. Sie beeinflussen sich gegenseitig und entscheiden gemeinsam darüber, wie viel Gestaltungsspielraum am Ende vor Ort bleibt.

Genau diesen Zusammenhang wollten wir sichtbar machen. Das Stimmungsbarometer liefert dafür die Grundlage. Das Positionspapier verbindet das Ganze mit den Erfahrungen und politischen Überlegungen des Netzwerks.



Warum kommunale Handlungsfähigkeit über die Zukunft unseres Staates entscheidet.

Ein junger Blick auf einen Staat im Wandel

Dabei spielt für uns auch eine Generationenperspektive eine Rolle. Ihr jungen Bürgermeister*innen werdet mit den Folgen der Entscheidungen, die heute getroffen werden, noch Jahrzehnte leben. Ihr steht nicht außerhalb des politischen Systems, sondern mittendrin: Ihr müsst gegenüber euren Bürger*innen erklären, warum etwas funktioniert – oder eben nicht.

Aus dieser Position entsteht ein besonderer Blick auf Veränderung. Wir erleben einerseits, dass der Reformbedarf inzwischen von fast allen Seiten beschrieben wird. Deutschland soll digitaler werden, Verfahren sollen schneller werden, Bürokratie soll abgebaut und der Staat moderner organisiert werden. Andererseits erleben wir vor Ort, dass sich viele Prozesse trotzdem weiterhin nach bekannten Mustern bewegen.

Das erzeugt eine gewisse Ungeduld. Niemand erwartet, „dass alles sofort anders werden muss“. Aber wenn ein Problem erkannt ist, sollte doch irgendwann auch einmal eine Veränderung sichtbar werden.

Bürgermeister*innen unterscheiden sich politisch, regional und in der Größe ihrer Kommunen erheblich. Aber wer jeden Tag Verantwortung für eine Kommune trägt, entwickelt zwangsläufig einen Blick darauf, ob politische Ziele unter den gegebenen Bedingungen überhaupt umgesetzt werden können.

Kommunale Handlungsfähigkeit ist keine kommunale Spezialfrage

Aus dieser Erfahrung heraus ist der Begriff der kommunalen Handlungsfähigkeit zum Kern des Papiers geworden. Für uns beschreibt er mehr als die finanzielle Ausstattung der Städte und Gemeinden. Es geht um die Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen, Verantwortung zu übernehmen und anschließend auch tatsächlich etwas umsetzen zu können. Ja, dafür braucht es Geld. Ja, dafür braucht es auch Fachkräfte. Vor allem braucht es aber funktionierende digitale Strukturen, nachvollziehbare Zuständigkeiten und Verfahren, die nicht mehr Aufwand erzeugen als die eigentliche Aufgabe.

Das ist nichts, was jede föderale Ebene einzeln für sich entscheidet, sondern es führt direkt in die Debatte zur Staatsmodernisierung. Denn die Kommunen sind die Ebene, auf der staatliches Handeln konkret wird. Hier zeigt sich, ob ein Förderprogramm funktioniert, ob eine Genehmigung rechtzeitig erteilt wird, ob digitale Verfahren tatsächlich Arbeit sparen und ob politische Entscheidungen in der Praxis umsetzbar sind.

Deshalb verstehen wir kommunale Handlungsfähigkeit nicht als kommunalpolitisches Spezialthema. Sie ist für uns ein Prüfstein dafür, ob staatliches Handeln insgesamt funktioniert.

Warum daraus ein Positionspapier geworden ist

Daraus ist der Titel des Papiers entstanden: „Deutschland braucht einen Neustart“. Wir brauchen einen Staat, der seine Aufgaben besser erfüllen kann. Einen Staat, der dort Verantwortung übernimmt, wo sie gebraucht wird, und dort Spielraum lässt, wo Entscheidungen vor Ort besser getroffen werden können. Wir meinen damit ausdrücklich nicht einen kleineren Staat.

Das Papier bündelt deshalb bewusst unterschiedliche Erfahrungen und Themen. Es geht nicht darum, für jede einzelne kommunale Herausforderung eine weitere Forderung aufzustellen. Uns interessiert stärker, was hinter diesen Herausforderungen liegt: Welche Strukturen verhindern Handlungsfähigkeit? Wo sind Zuständigkeiten falsch verteilt? Welche Regeln helfen tatsächlich – und welche sind vor allem historisch gewachsen?

Damit verändert sich auch unser Blick auf politische Debatten. Wir wollen nicht nur auf Vorlagen, Gesetze und politische Initiativen reagieren, sondern stärker aus der kommunalen Praxis heraus eigene Fragen setzen. Was muss sich ändern, damit Bürgermeister*innen und ihre Verwaltungen ihre Aufgaben tatsächlich erfüllen können? Was hilft vor Ort – und was produziert vor allem neue Verfahren?

Das ist auch der Grund, warum wir das Papier nicht als isolierte Stellungnahme zu einem einzelnen politischen Vorhaben verstehen. Es soll einen gemeinsamen Bezugsrahmen für die Arbeit des Netzwerks bilden. Wenn wir künftig zu Haushaltspolitik, Digitalisierung, Bürokratie, kommunaler Demokratie oder anderen Themen Stellung beziehen, geht es immer auch um die Frage, ob eine Regelung kommunales Handeln ermöglicht oder erschwert.

Vom Reagieren zum eigenen Setzen von Themen

Das ist für das NJB ein wichtiger Schritt. Wären wir ein klassischer Interessenverband, könnten wir darauf warten, dass Politik Entscheidungen trifft, und diese anschließend kommentieren. Ein Netzwerk wie unseres kann darüber hinaus versuchen, aus der eigenen Praxis heraus Themen zu setzen.

Gerade darin liegt aus meiner Sicht eine der großen Stärken des NJB. Wir haben keinen klassischen Apparat hinter uns und auch keine politische Organisation, die zu jedem Thema gleich eine eigene Position vorhält. Wir haben euch rund 1.000 Bürgermeister*innen, die jeden Tag ganz praktisch erleben, wo staatliches Handeln funktioniert und wo es an Grenzen stößt.

Wir haben nicht den Anspruch, auf jede politische Frage eine fertige Antwort zu haben. Aber wir bringen Erfahrungen aus der kommunalen Praxis in Debatten ein, die häufig auf Bundes- oder Landesebene geführt werden, ohne dass die Umsetzung vor Ort ausreichend berücksichtigt wird.

Wer heute Bürgermeister*in ist, wird viele der Reformen, über die jetzt gesprochen wird, noch selbst umsetzen müssen. Und wir jungen Kommunalen wollen und müssen in die Entscheidungen eingebunden werden, weil wir es auch sind, die mit den Strukturen von morgen arbeiten müssen. Es geht um die Perspektive auf die kommenden Jahre.

Resonanz ist schön. Entscheidend ist, was daraus wird.

Dass diese Perspektive inzwischen an verschiedenen Stellen der Bundespolitik aufgegriffen wird, freut uns. Noch wichtiger ist aber, dass daraus Gespräche entstehen. Ein Positionspapier kann dafür einen Ausgangspunkt schaffen. Verändern wird sich aber erst dann etwas, wenn aus solchen Gesprächen konkrete Entscheidungen und veränderte Verwaltungspraxis entstehen.

Die erste Resonanz auf das Papier zeigt zumindest, dass die Verbindung von junger kommunaler Perspektive und der größeren Frage nach einem handlungsfähigen Staat anschlussfähig ist. Gerade deshalb müssen wir die Diskussion weiterführen. Das gilt auch für die weitere Arbeit mit dem Stimmungsbarometer. Gemeinsam mit der Hertie School wollen wir im Herbst die Ergebnisse auf einer Veranstaltung noch einmal vertiefen und mit Vertreter*innen aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft diskutieren. Dabei geht es insbesondere um die Frage, wie sich eure konkreten Erfahrungen aus der kommunalen Praxis für die Modernisierung staatlicher Strukturen nutzbar machen lassen.

Das Positionspapier wird damit Basis und Ausgangspunkt für unsere weitere Arbeit. Es bündelt, was wir aus den vergangenen Jahren gelernt haben, und gibt dem Netzwerk einen gemeinsamen Rahmen für das, was vor uns liegt. Die eigentliche Bewährungsprobe kommt danach: wenn aus den Erfahrungen und Forderungen konkrete Veränderungen werden.

Für uns ist das Positionspapier „Deutschland braucht einen Neustart“ deshalb vor allem eine Einladung, den Blickwinkel zu verändern. Nicht immer zuerst fragen, welche neue Regelung, welches neue Programm oder welche neue Zuständigkeit gebraucht wird. Sondern zunächst, was Staat und Kommunen brauchen, damit sie ihre Aufgaben gut erfüllen können. Das ist keine theoretische Debatte. Es ist die tägliche Frage aus den Kommunen, ob aus einem politischen Beschluss am Ende auch eine Wirkung entsteht, die das Leben der Menschen verbessert. ■

Hier das gesamte Positionspapier und weitere Informationen

ANZEIGE



Was jetzt zu tun ist



Foto: stock.adobe.com/IDOL'foto

Zwischen digitalem Turbo und analogem Stau

VON MICHAEL SALOMO, OBERBÜRGERMEISTER DER STADT HEIDENHEIM AN DER BRENZ

Künstliche Intelligenz (KI) ist der wohl größte Hebel der modernen Kommunalverwaltung. Die Chancen sind gigantisch, denn die KI kann überlastete Ämter revolutionieren, indem sie Routineanträge automatisiert, Bauanträge in Rekordzeit prüft und den Bürgerservice rund um die Uhr per intelligentem Chatbot sichert. Das kann gegen den akuten Fachkräftemangel helfen.

Doch die Herausforderungen sind ebenso gewaltig. Der Einsatz von Algorithmen in der Daseinsvorsorge berührt sensible Fragen des Datenschutzes, der IT-Sicherheit und vor allem der sozialen Gerechtigkeit. Durch das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit dürfen Maschinen niemals die finale Entscheidung über Anträge oder Bescheide von Bürgerinnen und Bürgern treffen, hier ist der Mensch als Kontrollinstanz rechtlich zwingend vorgeschrieben.

Die größte Aufgabe liegt jedoch in der Umsetzung in der kommunalen Praxis. Während sich die Technologie rasant und unaufhaltsam weiterentwickelt, verzögert sich die Implementierung der KI vor Ort oft wegen der Realitäten der deutschen Verwaltung. Es fehlt an flächendeckenden IT-Standards, an rechtlicher Klarheit für den Praxiseinsatz und an den nötigen Budgets: Die Umsetzung der KI wird in den Rathäusern durch Finanzdefizite, veraltete Strukturen und Schnittstellen sowie den Fachkräftemangel erschwert. Moderne Software, Datenintegrationen und Sicherheitsupdates scheitern manchmal am Geldmangel, weil sie kontinuierliche Investitionen erfordern, die sich die Kommunen schlicht nicht mehr leisten können. Es ist nicht damit getan, die technische Komponente einzurichten, es müssen auch Rahmenbedingungen für die Nutzung fachübergreifend geschaffen werden. Die entsprechenden Gremien sind unter Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zur Genehmigung einzubinden.

„Es ist nicht damit getan, die technische Komponente einzurichten, es müssen auch Rahmenbedingungen für die Nutzung fachübergreifend geschaffen werden.“

Umsetzung der KI in der Praxis

Die Stadtverwaltung Heidenheim ist nach einer KI-Einstiegsberatung jetzt dabei, eine „Dienstvereinbarung KI“ gemeinsam mit dem Personalrat, dem Datenschutzbeauftragten und dem betreffenden Geschäftsbereich der IT abzufassen. Darauf aufbauen wird die Erstellung eines Schulungskonzepts sowie die Erarbeitung



eines Changekonzepts für die Mitarbeitenden. Durch das tiefe Verständnis der täglichen Abläufe weiß das Team genau, wo die KI echten Mehrwert bringt. Die direkte Mitgestaltung sichert zudem eine hohe Akzeptanz im Team. Die Idee ist, den Changeprozess bei den internen Workflows zu starten. Es soll geprüft werden, ob es sinnvoll ist, verschiedene LLMs (Large Language Models, also große Sprachmodelle) für unterschiedliche Einsatzzwecke einzusetzen, um die Mitarbeitenden in den jeweiligen Bereichen bestmöglich mit Informationen zu versorgen.

Intern kann die KI Mitarbeitende entlasten, indem sie Dokumente analysiert und Kernpunkte in Sekunden zusammenfasst. Generative KI wird Entwürfe für Bescheide sowie behördliche Briefe erstellen, die Mitarbeitende nur noch prüfen und freigeben müssen. Auch in den Bereichen internes Recht- und Satzungswissen der Kommune kann die KI zeitsparend unterstützen. Zudem profitieren Stadtplanung und Krisenvorsorge von Daten. Algorithmen analysieren Satellitenbilder und Klimadaten, um Hochwasserrisiken oder Schäden an der Infrastruktur frühzeitig zu berechnen. Dazu wurden bereits innerhalb des Smart-City-Projekts in Heidenheim unterschiedliche Sensoren angebracht, um die Informationen im ersten Schritt zu erfassen.

Heidenheim zeigt zusammen mit der Stadt Aalen im Smart-City-Modellprojekt neue Ansatzpunkte bei der Erfassung von Verkehrs- oder Sensordaten, die beispielsweise Infos für den Winterdienst liefern. Allerdings ist fraglich, was nach dem Ende des Förderzeitraums geschieht, wenn die Fördermittel auslaufen.

Kommunen benötigen finanziellen Handlungsspielraum

Die Debatte im Zukunftspakt zwischen Bund, Ländern und Kommunen sollte unbedingt fortgesetzt werden. Jede neue Regel, jedes Gesetz braucht einen Kommunalcheck, der Verstoß gegen das Konnexitätsprinzip muss unbedingt enden. Eine langfristige, verlässliche Finanzarchitektur und Aufgabenverteilung statt kurzfristiger Förderprogramme kann den Kommunen helfen, bürokratischen Aufwand bei der Beantragung und Abrechnung dieser zeitlich begrenzten Fördermittel zu vermeiden und Probleme mit Folgekosten zu umgehen, wie zum Beispiel beim Digital-Pakt Schule, Laptops für Lernende.

Das klassische Beispiel erlebten wir beim Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung. Der Bund hat den Anspruch beschlossen, aber die Kommunen müssen unter akutem Fachkräfte- und Raummangel die Infrastruktur bauen und die Personalkosten finanzieren.

Ein weiteres Beispiel ist die Wohngeldreform. Die Kriterien wurden bundesweit sehr kurzfristig ausgeweitet, was bei uns in der Verwaltung und vielen anderen Kommunen zu monatelangen Staus bei den Anträgen führte, weil das Personal für die Umsetzung vor Ort fehlte.

KI-Unterstützung zur modernen Daseinsvorsorge

Die Qualität der Verwaltung ist die Visitenkarte unserer Demokratie. KI-Unterstützung kann uns dabei helfen, eine moderne Daseinsvorsorge zu sichern. Wenn wir über kommunale Leistungsfähigkeit sprechen, dürfen wir nicht mehr nur in Haushaltsziffern denken. Bürgerorientierte Kennzahlen müssen zum Maßstab des Handelns werden. Die entscheidenden Kennzahlen für Bürgerinnen und Bürger sind die Terminverfügbarkeit im Bürgerbüro, die Bearbeitungszeit bis zur Auszahlung von Wohngeld oder Elterngeld sowie die zeitnahe Behebung gemeldeter Mängel.

Kommunale Daseinsvorsorge ist kein rein technischer Verwaltungsakt. Sie ist das tägliche Fundament, auf dem das Vertrauen in unsere politische Ordnung steht oder fällt. Die Bürgerinnen und Bürger erleben den Staat nicht in fernen Ministerien, sondern ganz konkret vor Ort: beim Gang ins Rathaus, beim Blick auf die Straßen, Schulen und Brücken. Wenn hier die einfachsten Dinge des Alltags versagen, wenn man monatelang auf einen Personalausweis wartet, das Geld für die Familie ausbleibt oder die Infrastruktur sichtbar verfällt, dann bröckelt das Fundament. Die Menschen verlieren das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates. Und wer das Vertrauen in den Staat verliert, wendet sich im schlimmsten Fall von der Demokratie ab. Ein Staat, der vor Ort nicht mehr liefert, gefährdet seine eigene demokratische Legitimität.

„Wenn wir den Anschluss nicht verlieren wollen, müssen wir jetzt die Brücke schlagen zwischen digitaler High-Tech-Zukunft und dem oft noch analogen Verwaltungshandeln.“

KI im Rathaus ist kein Luxus, sondern pure Überlebensnotwendigkeit. Eine starke Daseinsvorsorge steht und fällt mit der finanziellen Absicherung unserer Kommunen sowie einheitlichen Schnittstellen und Standards zur Implementierung der KI. Nur so können Kommunen auch im digitalen Zeitalter handlungsfähig bleiben und die Kontrolle über ihre eigenen Prozesse behalten. Zeitlich begrenzte Fördergelder nützen wenig. Und die Zeit drängt: Der technologische Wandel wartet nicht auf bürokratische Prozesse. Wer jetzt nicht in IT-Infrastruktur, Softwarelizenzen und Cybersicherheit investiert, riskiert einen irreparablen digitalen Rückstand, der letztlich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in eine leistungsfähige Verwaltung verspielt und unsere Demokratie gefährdet. ■



Oberbürgermeister Michael Salomo

Foto: Liesa Johannssen-Koppitz

KI FÜRS RATHAUS

Kommunen als Pfeiler der Digitalisierung



S. 17
KI IST KEIN ZUKUNFTS-THEMA MEHR

S. 19
KI ENDLICH VERSTEHEN, OHNE INFORMATIK-STUDIUM

S. 20
VOM CHATBOT ZUR DIGITALEN SACHBEARBEITUNG?!

S. 22
KI GEMEINSAM DENKEN

S.23
WIE PETERSBERG LERNT, MIT KI UMZUGEHEN

S. 24
ICH MUSS HEUTE MAL ÜBER KI SCHREIBEN.

S. 25
VON DER DIGITALEN AKTE ZUR KÜNSTLICHEN INTELLIGENZ

S. 26
DIGITALISIERUNG UND KI IN DER GEMEINDE-VERWALTUNG BARLEBEN

S. 28
KOMMUNALE KI: VOM SCHLAGWORT ZUM WERKZEUG

S. 29
DIE ZUKUNFT VON FÜHRUNG UND KOMMUNIKATION

S. 30
10 PROMPTS, DIE IM RATHAUS WIRKLICH ZEIT SPAREN

S. 32
KI-MARKTPLATZ

KI ist kein Zukunftsthema mehr

Warum Bürgermeister*innen sich jetzt damit beschäftigen müssen



Foto: stock.adobe.com/PickSzone

Zwischen Fachkräftemangel, knappen Kassen und steigenden Erwartungen der Bürger*innen wächst der Handlungsdruck in den Kommunen. Künstliche Intelligenz (KI) eröffnet neue Möglichkeiten für besseren Service, effizientere Prozesse und fundiertere Entscheidungen. Deshalb gehört sie heute auf die Agenda jeder kommunalen Führung.

Der Begriff „Künstliche Intelligenz“ umfasst Technologien, die menschliche Fähigkeiten wie Analysieren, Mustererkennen, Sprachverarbeitung, Prognosen, Empfehlen oder die Bearbeitung von Aufgaben nachbilden. Generative KI (GKI) erweitert dieses Spektrum um Systeme, die Texte, Ideen, Bilder oder Zusammenfassungen erzeugen. Damit stehen weitere Assistenzwerkzeuge für kreative, analytische und organisatorische Aufgaben bereit. Allerdings liefern diese nicht automatisch vollständige oder fehlerfreie Ergebnisse. Mit Agentischer KI (AKI) entwickelt sich eine weitere Stufe. Digitale Agenten können Arbeitsschritte eigenständig planen, koordinieren und ausführen sowie verschiedene Systeme zur Zielerreichung nutzen. Für Kommunen entsteht damit ein neuartiges Werkzeugportfolio zur Modernisierung von Verwaltung und Führung.

Die Zusammenarbeit von Mensch und KI reicht von Unterstützung über Kollaboration und Generierung bis hin zur Automatisierung. Verantwortung und Haftung verbleiben dabei nach deutschem Recht stets beim Menschen. Bürgermeister*innen sollten sich daher frühzeitig mit Potenzialen, Grenzen und Risiken von KI befassen. Mitarbeitende und Mandatsträger nutzen entsprechende Werkzeuge bereits. Gefragt sind nun klare Leitlinien, KI-Angebote, Qualifizierung und verlässliche Rahmenbedingungen statt einer unkontrollierten Nutzung externer KI-Dienste mit möglichen Datenabflüssen und Compliance-Risiken.

„Künstliche Intelligenz (KI) eröffnet neue Möglichkeiten für besseren Service, effizientere Prozesse und fundiertere Entscheidungen.“

Einsatzfelder im Umfeld kommunaler Führung

Einsatzfelder und Geschwindigkeiten sind bemerkenswert. KI-gestützte Chatbots beantworten Bürgeranfragen rund um die Uhr und unterstützen bei Anträgen. Dadurch lassen sich Servicequalität, Erreichbarkeit und Bearbeitungsgeschwindigkeit verbessern. Auch Routineaufgaben wie Terminvergabe, Dokumentenprüfung, Datenerfassung oder Formularbearbeitung können automatisiert werden. Mitarbeitende gewinnen Zeit für anspruchsvolle Aufgaben, während Prozesse schneller und wirtschaftlicher ablaufen. Darüber hinaus analysiert KI Fach-, Prozess- und Haushaltsdaten, bereitet Entwicklungen verständlich auf und schafft so bessere Grundlagen für strategische Entscheidungen. Ebenso lassen sich Eingaben aus E-Mails, Portalen und sozialen Medien auswerten, um wiederkehrende Anliegen, Problemlagen und Stimmungen frühzeitig zu erkennen. Dies unterstützt eine vorausschauende Steuerung und stärkt den Dialog mit der Bürgerschaft.

Strategische Bedeutung für kommunale Führung

KI kann große Datenmengen aus elektronischen Anträgen, Akten und Registern auswerten, Zusammenhänge sichtbar machen und Handlungsoptionen strukturieren. Entscheidungen werden dadurch faktenbasierter, nachvollziehbarer und strategisch reflektierter. Zugleich erkennt KI Trends und Auffälligkeiten frühzeitig, etwa in den Bereichen Infrastruktur, Sicherheit, Gesundheit und Umwelt. KI-gestützte Frühwarnsysteme helfen, Risiken schneller zu erkennen und Krisen wirksamer zu bewältigen. Führungskräfte profitieren zudem davon, dass unterschiedliche Handlungsoptionen analysiert und ihre möglichen Auswirkungen simuliert werden können. Große Sprachmodelle ermöglichen es, Berichte, Beschlüsse, Anfragen und Leistungsdaten zu verdichten und auszuwerten. So entstehen mehr Transparenz über Ergebnisse und Zielerreichung sowie bessere Voraussetzungen für eine evidenzbasierte kommunale Steuerung. Gleichzeitig kann KI dazu beitragen, die Auswirkungen des Fachkräftemangels abzumildern und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung langfristig zu sichern.

Strategische Bedeutung für Verwaltungsmodernisierung

KI unterstützt Bürokratieabbau und Verwaltungsmodernisierung, indem Anträge vorgeprüft, Dokumente ausgewertet und Standardvorgänge automatisiert werden. Verfahren werden beschleunigt, Fehler reduziert und Mitarbeitende von Routinetätigkeiten entlastet. Auch bei Recherche, Texterstellung, Protokollen, Übersetzungen und Analysen schafft KI Produktivitätsgewinne. Verwaltung und Politik erhalten schneller belastbare Entscheidungsgrundlagen. Darüber hinaus kann KI die Umsetzung von Maßnahmen durch Vorschläge, Monitoring und kontinuierliches Feedback begleiten. Abweichungen bei Zielen, Kosten oder Terminen werden früher erkennbar und ermöglichen rechtzeitiges Gegensteuern.

„Der Einsatz von KI muss sich am Gemeinwohl orientieren.“

Orientierung

KI ist längst Teil des kommunalen Alltags. Deshalb müssen Bürgermeister*innen Chancen, Risiken und Leitplanken aktiv gestalten. Die Einführung von KI ist aber keine reine IT-Aufgabe, sondern eine zentrale Führungs-, Strategie- und Modernisierungsaufgabe.

Der Einsatz von KI muss sich am Gemeinwohl orientieren. Ziel ist eine leistungsfähigere, bürgerfreundlichere und zukunftsfähigere Verwaltung. KI soll Menschen unterstützen, nicht ersetzen. Gerade angesichts des demografischen Wandels und bevorstehender Abgänge kann sie dazu beitragen, Wissen zu sichern, Einarbeitungszeiten zu verkürzen und Mitarbeitende zu entlasten.

Entscheidend sind Qualifizierung, Mitbestimmung und ein verantwortungsvoller Einsatz neuer Werkzeuge. Akzeptanz entsteht durch Transparenz, Beteiligung und Vertrauen. Orientierung bietet der Ansatz der Human Friendly Automation, der auf Menschlichkeit und Autonomie, Offenheit und Transparenz, Entfaltung und Befähigung sowie Ganzheitlichkeit und Langfristorientierung setzt.

KI ist für Bürgermeister*innen vor allem ein strategisches Führungsinstrument. Wer jetzt gestaltet, schafft die Voraussetzungen, um Kommunen resilienter, leistungsfähiger und attraktiver zu machen. Wer dagegen abwartet, riskiert, dass andere die Spielregeln bestimmen. Die Zukunft der kommunalen Handlungsfähigkeit wird davon abhängen, wie klug die Potenziale von KI schon heute genutzt werden. ■



PROF. DR. JÖRN VON LUCKE
Zeppelin Universität Friedrichshafen
joern.vonlucke@zu.de
togi.zu.de

Foto: privat

ANZEIGE



KI endlich verstehen, ohne Informatikstudium

Was klassische Software und KI unterscheidet

Klassische Software folgt einer festen Anleitung. Ist beispielsweise ein Online-Formular vollständig, wird es automatisch an das Fachamt weitergeleitet. Fehlt eine Pflichtangabe, erhält die antragstellende Person einen Hinweis. Dabei wird nur die Vollständigkeit, nicht die inhaltliche Richtigkeit der Angaben geprüft. Wie das System reagiert, ist vorher von Menschen festgelegt. Solche Abläufe sind häufig effizient, basieren aber auf einfachen Wenn-dann-Regeln und nicht auf künstlicher Intelligenz.

Viele heute eingesetzte KI-Systeme arbeiten anders. Statt ausschließlich festen Regeln zu folgen, erkennen sie statistische Muster in Daten. Nehmen wir die Straßenunterhaltung: Ein System wird mit Tausenden Aufnahmen von Straßenoberflächen trainiert, in denen Fachleute Schäden markiert haben. Daraus gewinnt es statistische Merkmale, die typischerweise mit Schlaglöchern oder Rissen einhergehen. Bei neuen Aufnahmen gibt es an, wie wahrscheinlich ein Schaden vorliegt. Bei Anträgen kann KI ähnlich vorgehen: Sie vergleicht einen neuen Antrag mit vielen zuvor von Fachleuten bearbeiteten Fällen. Anhand sprachlicher und inhaltlicher Muster kann sie beispielsweise erkennen, welchem Anliegen und damit welchem Fachamt der Antrag wahrscheinlich zuzuordnen ist. Ob die Angaben richtig sind und welche Entscheidung daraus folgt, müssen weiterhin Mitarbeitende prüfen.

Dabei ist zu beachten: Das System versteht weder Straßenbau noch die rechtliche Bedeutung eines Antrags. Es kennt keine Ursachen und keine fachliche Dringlichkeit. Es wendet die im Training erlernten statistischen Zusammenhänge auf neue Daten an. Stammen diese überwiegend aus dem Sommer bei trockener Fahrbahn, sinkt die Trefferquote bei Nässe oder Laub. Ähnlich arbeiten Sprachmodelle: Sie setzen wahrscheinliche Wortfolgen zusammen. Deshalb kann eine überzeugend formulierte Antwort sachlich falsch sein.

Der Hauptnutzen liegt darin, dass Mitarbeitende nicht sämtliche Straßen selbst abfahren und kontrollieren müssen. Die KI kann Schäden erfassen und Hinweise darauf geben, welche Stellen zuerst geprüft und instand gesetzt werden sollten. Die fachliche Bewertung und die Entscheidung über konkrete Maßnahmen bleiben beim Menschen.

Vom Verwaltungsproblem zum passenden Verfahren

Kommunen arbeiten seit Jahrzehnten mit regelbasierten Systemen: Fristenkontrollen, Serienbriefe, verkehrsabhängige Ampelschaltungen. Diese Systeme sind hilfreich, aber keine KI. Der Unterschied ist praktisch relevant, denn KI bringt neue Anforderungen mit: Datenqualität, mögliche Verzerrungen, Transparenz, Datenschutz und laufende Qualitätskontrolle. Wo Regeln stabil und vollständig formulierbar sind, ist klassische Automatisierung die günstigere und verlässlichere Lösung.

Die erste Frage lautet deshalb nicht: Wo können wir KI einsetzen? Sondern: Welches konkrete Problem wollen wir lösen? Erst danach folgt die Prüfung, ob KI dafür das geeignete Werkzeug ist. Der schnellste Weg zu einem enttäuschenden Projekt ist die Beschaffung eines Tools ohne Anwendungsfall.

KI-Systeme können unterschiedlich weit in Arbeitsabläufe eingreifen. Einige erkennen lediglich Muster oder erstellen Textentwürfe. Assistenzsysteme beantworten Fragen auf Grundlage freigegebener kommunaler Dokumente. Sogenannte KI-Agenten können dagegen mehrere Arbeitsschritte planen und dabei auf Fachsysteme zugreifen. Je selbstständiger ein System handelt, desto strenger müssen Sicherheit, Kontrolle und Zuständigkeiten geregelt sein. Besonders bei Entscheidungen mit rechtlichen Folgen muss die abschließende Prüfung und Entscheidung beim Menschen liegen.

Datenqualität und Repräsentativität

KI liefert keine guten Ergebnisse, wenn die Daten unvollständig, veraltet oder verzerrt sind. Eine KI zur Priorisierung von Straßensanierungen sollte sich nicht allein auf Meldungen aus einer Bürger-App stützen. Sonst sind Stadtteile mit aktiver digitaler Nutzerschaft überrepräsentiert. Ebenso ungeeignet ist ein System, das nur mit winterlichen Straßenaufnahmen oder Bildern einer bestimmten Asphaltart trainiert wurde. Unter anderen Bedingungen kann seine Erkennungsleistung deutlich sinken.

Der erste Schritt ist deshalb kein Informatikstudium. Es ist eine nüchterne Bestandsaufnahme: Wo entstehen heute unnötige Routinen? Welche Daten liegen vor? Welche Aufgabe lässt sich sicher und nachvollziehbar verbessern? So lässt sich beurteilen, ob der Einsatz von KI fachlich sinnvoll und organisatorisch tragfähig ist. ■

Foto: KI-generiert



KI erkennt Straßenschäden frühzeitig: Kameras erfassen den Zustand der Fahrbahn und machen Reparaturen planbarer.



LUTZ EICHHOLZ
Fraunhofer Institute for Experimental Software Engineering IESE
lutz.eichholz@iese.fraunhofer.de
www.iese.fraunhofer.de/de/trend/smart-city

Foto: Fraunhofer IESE



KI in der Verwaltung:

Vom Chatbot zur digitalen Sachbearbeitung?!

Foto: magnific.com

Das Telefon im Bürgerbüro klingelt. Und klingelt. Am Schalter wartet eine Familie auf ihre Ausweise. Nebenan läuft eine Wohngeldberatung. Abnehmen kann gerade niemand. Gerade in vielen kleinen Rathäusern gehört diese Szene zum Alltag: verpasste Anrufe, verärgerte Bürger:innen und Beschäftigte, die abends das Gefühl mitnehmen, nichts richtig zu Ende gebracht zu haben. Genau hier beginnt das Thema Künstliche Intelligenz. Nicht bei der Technik, sondern bei einem Alltagsproblem, das Sie vermutlich kennen.

Dem öffentlichen Dienst fehlen nach dem dbb-Monitor 2026 rund 600.000 Beschäftigte, 30.000 mehr als im Vorjahr. Kleine Verwaltungen spüren das besonders: Wenn eine Fachkraft geht, fehlt oft ein ganzes Aufgabengebiet. Die Frage ist also nicht, ob KI in Ihr Rathaus kommt. Die Frage ist, wofür Sie sie einsetzen und wer dabei entscheidet.

„Die Frage ist nicht, ob KI in Ihr Rathaus kommt. Die Frage ist, wofür Sie sie einsetzen und wer dabei entscheidet."

Erst einmal sortieren: Automation, KI, Agent

Drei Begriffe werden gern vermengt. Automation überträgt Prozessschritte nach festen Regeln auf Computersysteme: Anträge auslesen, Daten ins Fachverfahren übertragen, Bescheide veraktet ablegen. In diesem Zusammenhang spricht man auch von Robotic Process Automation (RPA). Künstliche Intelligenz erkennt dagegen Muster in Daten und erzeugt daraus etwas Neues: einen Text, eine Einschätzung, eine Zusammenfassung. Seit dem ChatGPT-Moment 2022 ist die generative KI zu einem Alltagstool in immer mehr Verwaltungen geworden. Agentische KI geht weiter. Sie verfolgt ein Ziel über mehrere Schritte, greift auf Fachverfahren oder Register zu und entscheidet innerhalb von Menschen gesetzter Grenzen selbst, wie es weitergeht. Die wichtigste Einordnung vorweg: KI ist kein Roboter mit Eigenleben, sondern ein Werkzeug, das bei Aufgaben unterstützt. Den Rahmen, „die Governance", verantworten Menschen und insbesondere die Verwaltungsleitung.

Der Bot, der ans Telefon geht

Genau vor diesem Problem stand die Gemeinde Rosendahl im Münsterland: zig Anrufe täglich im Bürgerbüro, die nicht gänzlich von den Mitarbeitenden angenommen und bearbeitet werden konnten, weil man sich eben nicht teilen kann. Die Kommune mit rund 11.250 Einwohnerinnen und Einwohner setzt seither einen KI-Voicebot ein, intern „Lisa" genannt. Er nimmt Anrufe an, erkennt das Anliegen, gibt Auskunft zum Führerscheintausch oder zur Bauakteneinsicht und leitet weiter, wenn es persönlich werden muss. Nach fünf Monaten zieht die Gemeinde Rosendahl eine durchweg positive Bilanz: über 90 Prozent Entlastung im Bürgerbüro.

Die Assistenz im Maschinenraum

Weniger sichtbar, dafür mit größerer Breitenwirkung: KI-gestützte Protokollierung. Eine Anwendung zeichnet die Sitzung auf und erstellt daraus ein strukturiertes Protokoll. Im Agentic AI Hub des Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung erprobten 19 Kommunen von März bis Mai 2026 Agentische KI. Die manuelle Nachbearbeitung eines Protokolls sank im Zuge dieses Programms um rund 78 Prozent, von etwa 45 auf etwa 10 Minuten. Auch die Gemeinde Stockelsdorf in Schleswig-Holstein protokolliert seine Gremiensitzungen seit Januar 2026 so.

Für den Einstieg ist dieser Fall ideal: Er betrifft viele Arbeitsplätze, ist niedrigschwellig und wirkt schnell. Das hatte auch einen positiven Nebeneffekt: Eine KI, die mitschreibt, schärft den Blick für die Besprechungskultur. Verbindliche Agenda, ausreden lassen, vorab klären, welches Protokoll gewünscht ist – Selbstverständlichkeiten, die erst durch die Technik wieder besprechbar werden.

Und die digitale Sachbearbeitung?!

Es gibt sie, aber nur assistierend. In den zwanzig Pilotprojekten des Hubs waren am Ende 70 Prozent der Lösungen im Echtbetrieb, 65 Prozent davon innerhalb von vier Wochen umgesetzt. Beispielsweise bei Anträgen auf Hilfe zur Pflege sank die Gesamtdurchlaufzeit um 45 Prozent, die reine Bearbeitungszeit in der Verwaltung am Dokument um 31 Prozent. Die Vorprüfung kostete rund einen Euro je Vorgang.

Ein KI-Agent bereitet vor. Entscheiden darf er nicht. § 35a VwVfG erlaubt einen vollständig automatisierten Verwaltungsakt nur, wenn ein Gesetz das ausdrücklich zulässt und weder Ermessen noch Beurteilungsspielraum besteht. Das ist keine Bremse, sondern eine Arbeitsteilung: Die KI strukturiert und arbeitet zu, die Verwaltung verantwortet.

Vier Dinge entscheiden Sie, nicht allein Ihre IT und nicht die KI. Was tatsächlich Chefsache ist.

- **Rückhalt geben.** Kaum eine Anwendung mit Bürgerkontakt startet reibungslos. Entscheidend ist nicht der fehlerfreie Beginn, sondern ob ein Fehlstart das Projekt beendet. Ohne Rückendeckung von Spitze und Politik traut sich niemand, etwas auszuprobieren. Es braucht Experimentierräume mit klaren Grenzen und guter Kommunikation.
- **Leitplanken setzen.** Gestalten Sie den Rahmen – ob mit einer Dienstanweisung oder einem „KI-Kompass“. Mitarbeitende brauchen Orientierung und die Gewissheit, neue Wege gehen zu dürfen. Dabei gilt es, das richtige und erforderliche Maß zwischen Ausprobieren und Regulieren zu finden.
- **Tempo dosieren.** Wo jede Woche eine neue Anwendung angekündigt wird, geht die Belegschaft irgendwann nicht mehr mit. Veränderung gelingt im Tempo der Organisation, nicht im Tempo der Technik. Und KI ist kein Allheilsbringer.
- **Ansprechbar bleiben.** Nach einer Bitkom-Befragung lehnt rund ein Drittel der Bürger:innen KI beim eigenen Antrag ab. Der EU AI Act verlangt ohnehin, dass Menschen erfahren, wenn sie mit einem KI-System sprechen. KI darf ergänzen. Sie darf den Zugang zu einer Ansprechperson nicht abschneiden.

Insbesondere kleine Kommunen haben dabei einen häufig unterschätzten Vorteil: kurze Entscheidungswege, breit aufgestellte Mitarbeitende, schnell sichtbare Ergebnisse. Der Einstieg braucht kein fertiges Gesamtkonzept, sondern einen ersten Anwendungsfall, der viele erreicht, und die Bereitschaft, aus dem zu lernen, was dabei schiefgeht. ■



ANIKA GROß
Referentin im KGSt-Programmbereich Organisations- und Informationsmanagement
anika.gross@kgst.de

Foto: KGSt

ANZEIGE



ekom21.de

EKOM21

**MEHR GESTALTEN.
WENIGER VERWALTEN.**

Digitale Lösungen für Kommunen, die vorankommen wollen.

Gute Verwaltung braucht Freiraum für gute Entscheidungen. Wir entlasten Kommunen mit sicheren IT-Strukturen und digitalen Services, die Prozesse vereinfachen und Routine reduzieren. Damit mehr Zeit für das bleibt, was eine Kommune wirklich voranbringt.

Mehr Infos unter: **ekom21.de**

KI gemeinsam denken

Sieben Verbandsgemeinden entwickeln gemeinsame Lösungen

Wie können Verwaltungen die Chancen Künstlicher Intelligenz nutzen und dabei Datenschutz, Informationssicherheit und Wirtschaftlichkeit berücksichtigen? Im Landkreis Südwestpfalz gehen sieben Verbandsgemeinden diese Herausforderung gemeinsam an. Mit „KI-LOTSE – KI-Lösung für Organisation, Transformation, Service & Effizienz“ entsteht ein interkommunales Projekt mit Modellcharakter.



Übergabe des Förderbescheides

Foto: Teilnehmergemeinden des IKZ-KI

Gerade Verwaltungen im ländlichen Raum stehen vor der Herausforderung, neue Technologien mit begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen einzuführen. Gleichzeitig erhöhen Fachkräftemangel und steigende Anforderungen an den Bürgerservice den Handlungsdruck.

Deshalb haben sich die Verbandsgemeinden Dahner Felsenland, Hauenstein, Rodalben, Thaleischweiler-Wallhalben, Waldfischbach-Burgalben und Zweibrücken-Land unter Federführung der Verbandsgemeinde Pirmasens-Land zusammengetan. Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt das Vorhaben im Rahmen einer Förderung „Interkommunale Zusammenarbeit“ (IKZ) mit 332.126,97 Euro.

Ziel ist der Aufbau gemeinsamer und sicherer Strukturen für einen langfristigen Einsatz von KI. Ein Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung der Beschäftigten bei wiederkehrenden und zeitintensiven Aufgaben. KI kann beispielsweise bei Anschreiben, Protokollen und Beschlussvorlagen unterstützen, umfangreiche Dokumente zusammenfassen oder Informationen adressatengerecht aufbereiten.

KI-LOTSE
KI-LÖSUNG FÜR ORGANISATION, TRANSFORMATION, SERVICE & EFFIZIENZ
GEMEINSAM DEN DIGITALEN WANDEL GESTALTEN

Dabei gilt ein wesentlicher Grundsatz: KI soll Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen, nicht ersetzen. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels sollen vorhandene Ressourcen gezielter eingesetzt und Beschäftigte von Routineaufgaben entlastet werden.

„Technische Lösungen, Schulungskonzepte und Regelwerke können gemeinsam entwickelt und Kosten reduziert werden.“

Auch der Bürgerservice wird in den Blick genommen. Vorgesehen sind unter anderem ein Web-Chatbot und ein KI-gestützter Telefonassistent. Häufig gestellte Fragen könnten so perspektivisch auch außerhalb der regulären Öffnungszeiten beantwortet werden. Der persönliche Kontakt zur Verwaltung bleibt dabei unverzichtbar.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Qualifizierung der Beschäftigten. In den beteiligten Verwaltungen sollen geschulte KI-Lotsen als interne Ansprechpartner etabliert werden. Sie sollen Wissen vermitteln, sinnvolle Einsatzmöglichkeiten identifizieren und die Kolleginnen und Kollegen beim verantwortungsvollen Umgang mit KI begleiten. Parallel werden gemeinsame Standards und Regelwerke entwickelt. Datenschutz, Informationssicherheit und klar definierte Zugriffsrechte werden dabei von Beginn an berücksichtigt. Wissenschaftlich begleitet wird das Projekt durch das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Kaiserslautern.

Der besondere Mehrwert liegt im interkommunalen Ansatz. Viele Kommunen beschäftigen derzeit dieselben Fragen: Welche KI-Anwendungen schaffen tatsächlich einen Mehrwert? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind zu beachten? Wie werden Beschäftigte qualifiziert und welche technischen Strukturen benötigt?

Statt diese Fragen unabhängig voneinander zu beantworten, bündeln die Verbandsgemeinden Wissen, Erfahrungen und Ressourcen. Technische Lösungen, Schulungskonzepte und Regelwerke können gemeinsam entwickelt und Kosten reduziert werden. Gerade für kleinere Kommunen bietet dies die Chance, neue Technologien professionell und wirtschaftlich einzuführen. KI-LOTSE steht damit für einen pragmatischen Ansatz.

Denn bei Künstlicher Intelligenz muss nicht jede Kommune das Rad neu erfinden. Moderne Verwaltung kann auch damit beginnen, neue Herausforderungen gemeinsam anzugehen. ■



PATRICK SEMA
Bürgermeister der VG Thaleischweiler-Wallhalben

Foto: Patrick Sema



Foto: magnific.com

Künstliche Intelligenz als Chance

Wie Petersberg lernt, mit KI umzugehen

CLAUDIA BRANDES
Bürgermeisterin der Gemeinde Petersberg (Hessen)

Foto: privat

Als ich mein Amt 2024 angetreten habe, war unsere Verwaltung weitgehend analog organisiert. Gleichzeitig wuchsen die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger, während Personal knapp und Anforderungen an Sicherheit hoch waren. Für mich war klar: Digitalisierung ist eine strategische Zukunftsaufgabe und mittendrin steht ein Thema, das viele Kommunen mit einer Mischung aus Neugier und Unsicherheit beschäftigt: Künstliche Intelligenz.

Ausbau nach Priorität, Entlastung und Sinnhaftigkeit

Wir starten nicht mit einem starren Masterplan, sondern bauen digitale Angebote und KI-Einsatz dort aus, wo der Nutzen am größten ist – geprüft an Dringlichkeit, Entlastungswirkung und Sinnhaftigkeit. Unser Ziel: Bürgerinnen und Bürger sollen möglichst jede Leistung bequem von zu Hause erledigen können, und Mitarbeitende sollen von Standardaufgaben entlastet werden, damit Zeit bleibt für individuellen Bürgerkontakt und Projekte, die Petersberg wirklich voranbringen.

Viele Diskussionen über KI kreisen um Ängste vor Kontrollverlust oder dem Ersatz menschlicher Arbeit. Wir gehen einen anderen Weg: KI als festen, aber klar begrenzten Baustein unserer Arbeit. Unser Grundsatz: KI ist Assistenz, nicht Entscheider. Die Verantwortung bleibt beim Menschen.

Praktisch zeigt sich das seit 2025 in unserem Rathaus: Wir setzen einige KI-Tools ein, die speziell für den öffentlichen Sektor entwickelt wurden, DSGVO-konform arbeiten und auf europäischer Infrastruktur laufen. Mitarbeitende nutzen sie für Texte, Bescheide, Zusammenfassungen und Recherche, und sparen Zeit, die früher in Routineaufgaben floss. Diese Zeit kommt heute den Bürgerinnen und Bürgern zugute: durch schnellere Bearbeitung, mehr persönliche Beratung und mehr Raum für Themen mit echter Gestaltungskraft.

Die wichtigste Voraussetzung für gelungenen KI-Einsatz ist nicht die Technologie, sondern der Umgang der Menschen mit ihr. Statt auf umfangreiche Schulungsprogramme zu setzen, geben wir unseren Mitarbeitenden bewusst niedrigschwelligen Zugang: ausprobieren, Fragen stellen, im eigenen Tempo Vertrauen aufbauen. So entsteht eine Kultur, in der Bedenken ernst genommen werden und Neugier wachsen darf, statt Technik von oben zu verordnen. Unsere wichtigste Ressource sind am Ende unsere Menschen.

„Gerade kleinere Kommunen liefern wertvolle Praxiserfahrung für bundesweite Vorhaben.“

Ein ganzheitlicher Blick auf KI endet für mich nicht am Petersberger Rathaus. Als Bürgermeisterin sitze ich regelmäßig in Fach- und Digitalisierungskreisen mit anderen Kommunen und auf Landesebene zusammen. Wir haben dem Bundesministerium für Digitales und Staatsmodernisierung unter Dr. Karsten Wildberger sogar angeboten, neue Ansätze bei uns zu erproben. Gerade kleinere Kommunen liefern wertvolle Praxiserfahrung für bundesweite Vorhaben. Zudem bringen wir uns bei Themen wie dem Deutschland-Stack und der EUDI-Wallet ein und platzieren dort unsere Themen aktiv, statt nur abzuwarten.

Fazit: Assistenz statt Entscheidung

Künstliche Intelligenz ist für Kommunen vor allem eine Chance – aber nur, wenn man bereit ist, den Umgang mit ihr aktiv zu lernen. Das betrifft die Technik ebenso wie Kompetenzen, eine offene Fehlerkultur und den Mut, sich über die eigene Gemeindegrenze hinaus einzubringen. Worauf ich besonders stolz bin: Innerhalb von nur zwei Jahren haben wir uns so weiterentwickelt, dass mittlerweile andere Kommunen bei uns anrufen und um unsere Erfahrungen bitten. Petersberg ist zum digitalen Vorreiter einer mittelständischen Kommune geworden – und genau daran arbeiten wir weiter. ■



Natürlich nutze ich selbst KI. Gerne sogar. Um Informationen zusammenzufassen oder aus Buchstabensalat etwas halbwegs Lesbares zu machen. KI kann wirklich hilfreich sein.

Wir integrieren sie auch als DSGVO-Variante in unserer Verwaltung. Und auch der KI-Telefonagent Charly ist in Beratzhausen im Einsatz. Aber ich glaube auch: Wenn wir so weitermachen, wird KI uns irgendwann in den Wahnsinn treiben. Spannend wird es dort, wo KI plötzlich nicht mehr Arbeit erleichtert, sondern Arbeit produziert. Und da kann ich aus einer „Behörde" inzwischen sagen: KI ist teilweise keine Arbeitserleichterung mehr. KI ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme.

Ein super Beispiel sind Bauleitplanungen. Die Gemeinde stellt einen Bebauungsplan auf, Unterlagen werden öffentlich ausgelegt und Bürgerinnen und Bürger können Einwendungen und Hinweise vorbringen. Das ist wichtig. Denn wir wollen unterschiedliche Interessen kennenlernen, abwägen und gemeinsam nach Lösungen suchen. Wo liegt möglicherweise ein Problem? Was haben wir vielleicht übersehen? Wo gibt es einen Konflikt, den ein Planer am Schreibtisch gar nicht erkennen konnte? Was wissen nur die Leute, die schon seit Jahren in der Nähe wohnen?

Und dann kommt KI.

Früher schrieb vielleicht jemand: „Ich wohne seit 30 Jahren hier und habe alle 10 Jahre Wasser im Keller, weil der zur Bebauung anstehende Acker nicht abläuft." Perfekt. Damit kann man arbeiten.

Heute bekommt man stattdessen 20 Seiten mit Überschriften, Unterüberschriften, halbjuristischen Referaten, möglichen Auswirkungen auf Fledermäuse, Grundwasser, Mikroklima, Lärmschutz, Landschaftsbild und wahrscheinlich noch die Erdrotation. Und irgendwo auf Seite 14 versteckt sich dann der eigentliche echte Punkt: „Wir hatten mal Wasser im Keller." Wenn die KI das überhaupt aufgenommen hat.

Woran wir erkennen, dass es KI ist? Naja. Hat eure Gemeinde früher schon einmal einen Brief bekommen, bei der statt Spiegelstrichen ein grüner Emoji-Haken verwendet wurde?

Das eigentliche Problem ist nicht, dass KI verwendet wird. Das Problem ist, wie sie verwendet wird. Wenn der Prompt sinngemäß lautet: „Hier ist ein Bebauungsplan. Schreibe mir alle möglichen Einwendungen dagegen", dann macht die KI genau das. Und so produziert ein Verfahren nicht mehr 30 Seiten Stellungnahmen, sondern mehrere hundert. Die müssen gelesen und bewertet werden. Fachstellen müssen sich damit beschäftigen. Planer müssen darauf eingehen. Der Gemeinderat muss sie abwägen. Das kostet Zeit und Geld.

Und das Verrückteste daran: Auch der Einwender selbst hat davon möglicherweise gar nichts. Denn sein „echter Schmerzpunkt" geht zwischen 19 anderen Problemen komplett unter. Dabei wäre genau das Gegenteil sinnvoll. Nutzen wir KI gerne, um Gedanken zu sortieren und uns zu helfen, einen Sachverhalt verständlich zu formulieren und Rechtschreibfehler zu verbessern. Vor allem sagen wir der KI klar, was das Problem ist. Nicht: „Finde mir möglichst viele Probleme."

Ein anderes Beispiel sind Förderanfragen für soziale Projekte. Ich lese tausendmal lieber einen Antrag mit 20 Rechtschreibfehlern „Wir sind 15 Jugendliche und unser alter Tischkicker im Vereinsheim ist kaputt. Ein neuer kostet 600 Euro. Wir haben selbst 300 Euro gesammelt. Könnt ihr uns mit ein paar Euro helfen?". Da weiß ich alles, was ich wissen muss. Ich weiß, wer etwas möchte. Ich weiß, was es kostet. Und ich merke: Da sitzen echte Menschen dahinter, die sich Gedanken gemacht haben.

Was wir gerade aber machen, ist etwas anderes. Wir sparen uns fünf Minuten eigenes Nachdenken und erzeugen damit auf der anderen Seite zwei Stunden zusätzliche Arbeit. Und wenn das jeder macht, haben wir am Ende eine absurde Welt: Eine KI schreibt einen 20-seitigen Antrag. Eine zweite KI fasst ihn auf zwei Seiten zusammen. Eine dritte KI erstellt daraus eine Stellungnahme. Eine vierte KI formuliert die Antwort. Und am Ende sitzen zwei Menschen davor, lesen jeweils nur noch die Zusammenfassung und versuchen herauszufinden, was der andere eigentlich wollte.

„Wir sparen uns fünf Minuten eigenes Nachdenken und erzeugen damit auf der anderen Seite zwei Stunden zusätzliche Arbeit."

Vielleicht ist die wichtigste KI-Kompetenz also gar nicht, möglichst gute Prompts zu schreiben, sondern die Fähigkeit zu wissen, wann man die KI einfach mal nicht braucht.

Und falls ihr euch jetzt fragt, ob ich diesen Text mit einer KI geschrieben habe: Ich glaube, man liest die Verzweiflung heraus … nein. Aber ja: Die Rechtschreibfehler hat (hoffentlich alle) die KI korrigiert. ■

Von der digitalen Akte zur Künstlichen Intelligenz

Wie die Gemeinde Ilsede Digitalisierung Schritt für Schritt in den Verwaltungsalltag bringt

VON NILS NEUHÄUSER GENANNT HOLTBRÜGGE UND RENÉ AHLFELD

Digitalisierung ist kein einzelnes Projekt, das irgendwann abgeschlossen ist. Auch die Gemeinde Ilsede hat diesen Weg über mehrere Jahre aufgebaut. Seit der Bürgermeisterwahl 2021 verfolgt die Gemeinde das Thema mit großer Offenheit. Neue technische Möglichkeiten sollen dort genutzt werden, wo sie Abläufe verbessern, Beschäftigte entlasten und Verwaltungsleistungen weiterentwickeln können.

Ein wichtiger Schritt war die organisatorische Verankerung des Themas und die Schaffung einer eigenen Stelle für Digitalisierung. So können wir die digitale Entwicklung zentral begleiten und konkrete Vorhaben gemeinsam mit den Fachbereichen umsetzen.

Einer der ersten großen Meilensteine war die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems. Damit begann der Wandel von der Papierakte hin zur digitalen Aktenführung. Es folgten Online-Dienste, die über Schnittstellen direkt mit den Fachverfahren verbunden werden. Ein digitaler Bürgermonitor stellt öffentliche Bekanntmachungen und aktuelle Informationen der Gemeinde bereit. Auch innerhalb der Verwaltung wurden zahlreiche Abläufe digitalisiert. Interne Anträge werden inzwischen elektronisch gestellt, weitergeleitet, bearbeitet und genehmigt.

Weitere Schritte sind bereits vorgesehen. Digitale Signaturen, neue Kommunikationsmöglichkeiten, BundID und perspektivisch die EUDI-Wallet sollen Medienbrüche reduzieren. Zudem wurde die Gemeinde Ilsede als Pilotkommune für digitale Annexleistungen rund um den Personalausweis ausgewählt.

Der derzeit wohl spannendste Entwicklungsschritt ist der Einsatz Künstlicher Intelligenz. Dafür nutzt die Gemeinde die KI-Plattform eines Start-ups aus der Region. Die Beschäftigten werden in internen Schulungen mit Möglichkeiten und Grenzen der Technologie vertraut gemacht. Die KI unterstützt bei Texten, E-Mails und Veröffentlichungen, analysiert und fasst Dokumente zusammen. Umfangreiche Inhalte lassen sich dadurch schneller erfassen und für die weitere Bearbeitung vorbereiten. Eine besonders wertvolle Funktion ist die Transkription von Gesprächen und Sitzungen. Gespräche und Sitzungen können transkribiert und mithilfe der KI zu strukturierten Protokollen verarbeitet werden. Gerade bei Sitzungen der Politik und anderer Gremien lässt sich die anschließende Bearbeitung dadurch deutlich beschleunigen.

Durch die enge Zusammenarbeit mit dem Start-up können Anforderungen aus dem Verwaltungsalltag kurzfristig aufgegriffen und gemeinsam weiterentwickelt werden. Das bislang umfangreichste gemeinsame Projekt betrifft die Erfassung und Verarbeitung von mehr als 200 Zählerständen im Gemeindegebiet. Künftig soll dafür ein Foto des Zählers ausreichen. Die KI erkennt den Zählerstand und unterstützt bei der Prüfung. Nach Freigabe werden die Daten automatisiert ins Finanzverfahren übernommen. Das Projekt befindet sich noch in der Erprobung und soll zur Jahresabrechnung 2026 eingesetzt werden. Nach derzeitiger Einschätzung könnte sich der Bearbeitungsaufwand dadurch um bis zu 70 Prozent reduzieren. Das Beispiel zeigt, welches Potenzial Künstliche Intelligenz für die Kommunalverwaltung besitzt. Oft sind es nicht spektakuläre Anwendungen, sondern wiederkehrende und zeitintensive Tätigkeiten, bei denen intelligente Automatisierung Beschäftigte spürbar entlasten kann.

Als Bürgermeister und Verantwortlicher für die Digitalisierung treiben wir die Entwicklung gemeinsam voran. Dabei geht es nicht um Digitalisierung um ihrer selbst willen, sondern um Lösungen, die die Verwaltung entlasten und den Service für Bürgerinnen und Bürger verbessern. ■

„Künstliche Intelligenz soll in Ilsede kein Schaufensterprojekt sein. Entscheidend ist, ob sie den Beschäftigten im Verwaltungsalltag einen konkreten Nutzen bringt.“



Digitalisierungsbeauftragter Rene Alhfeld (r.) zeigt Bürgermeister Nils Neuhäuser (l.) neue Features auf dem interaktiven Monitor

Foto: XXX

Frank Nase war einer der ersten Bürgermeister, der zur Straßenzustandserfassung in seiner Kommune eine KI eingesetzt hat.





Auch der Einsatz eines Kunstrasenstriegelroboters ist getestet worden. Bislang war ein Mitarbeiter des Wirtschaftshofes mit einem Minitraktor mit einem speziellen Anbau über die Kunstrasenplätze gefahren.

Fotos: Frank Nase

Einfach mal machen

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz in der Gemeindeverwaltung Barleben

Ich bin kein Technikfreak. Ich habe kein Informatikstudium absolviert, und ich würde mich auch nicht als Digital-Experten bezeichnen. Aber ich bin wissbegierig. Und ich bin überzeugt, dass Neugier in Zeiten wie diesen eine der wichtigsten Eigenschaften ist, die eine Führungskraft mitbringen kann. Ganz gleich, ob in der Wirtschaft oder in einer Kommunalverwaltung wie unserer.

„Einfach mal machen" – das klingt vielleicht hemdsärmelig. Aber dahinter steckt eine klare Haltung. Wer wartet, bis alles perfekt durchdacht ist, wartet oft zu lange. Wer hingegen bereit ist, Neues auszuprobieren, Erfahrungen zu sammeln und auch mal Fehler zu machen, kommt weiter. Das gilt für Menschen. Und es gilt für Verwaltungen.

Ein gesamtgesellschaftliches Problem

Die Gemeinde Barleben steht vor einer Herausforderung, die keine kommunale Besonderheit ist, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem. In zwölf oder dreizehn Jahren werden im Vergleich zu heute nur noch rund die Hälfte der Schülerinnen und Schüler einen Abschluss erhalten. Der Arbeitsmarkt wird sich dramatisch verändern. Auch der öffentliche Dienst wird davon nicht verschont bleiben. Schon heute kämpfen Kommunen um qualifiziertes Personal. Dieser Kampf wird härter werden.

Diesen Realitäten können wir uns nicht verschließen. Wir können verzagen – oder wir können Lösungen suchen. Ich habe mich für Letzteres entschieden. Und deshalb habe ich für Barleben das „Jahrzehnt der Robotisierung und Automatisierung" ausgerufen.

Pragmatischer Perspektivwechsel

Das klingt größer, als es vielleicht gemeint ist. Es geht mir nicht um Science-Fiction. Es geht mir um einen pragmatischen Strategiewechsel. Wo heute noch Menschen auf Rasenmähern sitzen, werden künftig Mähroboter im Einsatz sein. Wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Sporthallen und Büros reinigen, werden Wisch-, Saug- und Fensterputzroboter unterstützen. Wir sondieren dafür gerade den Markt. Ein erstes Testgerät ist bereits im Einsatz, mit durchaus überzeugenden Ergebnissen.

An dieser Stelle möchte ich einem Missverständnis vorbeugen, das immer wieder auftaucht, wenn über Roboter und Automatisierung gesprochen wird. Es geht mir ausdrücklich nicht darum, Menschen durch Maschinen zu ersetzen. Es geht mir um das Gegenteil. Ich nenne es ein „Menschenunterstützungsprogramm".

Wenn ein Roboter die Rasenfläche mäht, ist die Arbeit der Mitarbeiterin oder des Mitarbeiters nicht weg. Sie verändert sich. Die gewonnene Kapazität kann für Aufgaben eingesetzt werden, die Urteilsvermögen, Erfahrung und menschliche Kompetenz erfordern – Dinge, die kein Roboter leisten kann und wird. Das macht Arbeit nicht weniger, sondern anders. Und wenn wir ehrlich sind, oft auch sinnvoller.

Auch künftig werden wir um die besten Menschen kämpfen müssen. Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir ihnen Arbeit anbieten können, die zu schaffen und attraktiv ist. Jedes Gerät, jeder Roboter, jede KI-Anwendung, die uns dabei hilft, ist ein Schritt in die richtige Richtung.

„Die gewonnene Kapazität kann für Aufgaben eingesetzt werden, die Urteilsvermögen, Erfahrung und menschliche Kompetenz erfordern – Dinge, die kein Roboter leisten kann und wird."

Ein konkretes Beispiel dafür, wie Künstliche Intelligenz kommunale Arbeit verändern kann, ist unser Pilotprojekt zur KI-gestützten Straßenzustandserfassung. Die Idee habe ich aus dem Netzwerk der Jungen Bürgermeister mitgebracht. Amtskolleginnen und Amtskollegen hatten dort über ihre Erfahrungen berichtet. Also haben wir es einfach gemacht.

Drei Fahrzeuge unseres Wirtschaftshofs und der Gemeindeverwaltung wurden mit Smartphones ausgestattet, die an den Frontscheiben befestigt waren. Während normaler Dienstfahrten durch unser rund 65 Kilometer umfassendes kommunales Straßennetz hat die Software alle vier Meter ein Bild aufgenommen, inklusive GPS-Spur und Zeitmarke. Ein Algorithmus analysierte anschließend die Bilddaten und ordnete Schäden automatisch in 15 Schadensklassen ein. Das Versprechen: Wir wissen sofort, an welchen Straßen wir umgehend handeln müssen und wo aus einer noch kleinen Schadstelle bald ein ernsthaftes Problem werden kann.

„Digitalisierung und KI sind kein Selbstzweck. Sie sind Werkzeuge."

Am Ende der Pilotphase stand jedoch eine ernüchternde Erkenntnis. Die KI funktioniert – aber nicht überall gleich gut. Während das System bei glattem, homogenem Asphalt zuverlässig arbeitet, stößt es bei Kopfsteinpflaster an seine Grenzen. Und genau hier liegt unser Barlebener Problem: Wir haben in den vergangenen Jahren erheblich in die Sanierung und den Ausbau unserer Straßen investiert und dabei bewusst auf den historischen Charakter unserer Ortschaften geachtet. Grauwackepflaster prägt das Bild vieler unserer Straßen. Es sieht gut aus, es passt zu Barleben, aber es bringt die KI zur Analyse an ihre Grenzen.

Ist das ein Misserfolg? Nein. Es ist eine Erkenntnis. Und Erkenntnisse sind wertvoll, auch dann, wenn sie nicht das Ergebnis liefern, das man sich erhofft hat. Wer nie ausprobiert, erfährt auch nie, was funktioniert und was nicht. Für mich bleibt es dabei: Einfach mal machen.

Was mich antreibt, ist keine technische Faszination um ihrer selbst willen. Es ist die Überzeugung, dass unsere Gemeinde nur dann zukunftsfähig bleibt, wenn wir bereit sind, Dinge anders zu denken als bisher. Digitalisierung und KI sind dabei kein Selbstzweck. Sie sind Werkzeuge. Und Werkzeuge nutzt man dann, wenn sie helfen, eine Aufgabe besser zu erledigen.

Mein Appell an meine Verwaltung, an andere Kommunen, an alle, die in der öffentlichen Verwaltung Verantwortung tragen, lautet deshalb schlicht: Traut euch. Seid neugierig. Probiert aus. Und wenn etwas funktioniert, macht es einfach. ■



FRANK NASE
Bürgermeister der Gemeinde Barleben

Foto: Thomas Lein

ANZEIGE

SCANCAR + PARKAGENT · FÜR KOMMUNEN
Mobile Parkraumkontrolle und Erhebung · Made in Germany

ScanCar by SMART CITY SYSTEM



MOBILE PARKRAUMKONTROLLE

1.000 Kennzeichen pro Stunde.
Mit dem Fahrzeug, das Sie schon haben.

Ein Dachmodul mit vier Kameras erfasst Kennzeichen, Zeit und Standort im Vorbeifahren. Ohne Spezialfahrzeug, ohne zusätzliche Stelle. Jeder Fall läuft in unsere Software ParkAgent.

SO GREIFT ES INEINANDER

HARDWARE
ScanCar
Dachmodul mit vier Kameras. ANPR bei Tag und Nacht, jeder Vorgang mit Beweisbild.
Plug and Play · nachrüstbar auf Bestandsfahrzeuge

+

SOFTWARE
ParkAgent
Prüfen, filtern, freigeben. Jeder Fall belegt. Übergabe an Fachsoftware oder als CSV.
DSGVO-konform · Kennzeichen gehasht · Server in DE

Angebunden an: WiNOWiG Schelhorn OWiG Software GmbH | Eurowig, owi21, PMOwi

Probebefahrung anfordern →

Smart City System Parking Solutions GmbH · Fürth +49 175 7094028 info@smart-city-system.com scan-car.de

KOMMUNALE KI
Vom Schlagwort zum Werkzeug

Künstliche Intelligenz ist in vielen Rathäusern längst Teil des Arbeitsalltags.

Beschäftigte nutzen sie, um Texte zu entwerfen, Dokumente zu erschließen oder Informationen schneller aufzubereiten. Nun gilt es, aus ersten Experimenten verlässliche, datenschutzgerechte und praxistaugliche Anwendungen zu machen. An dieser Stelle setzt der digitale Workshop „Kommunale KI in a Nutshell – kompakt, praxisnah, verständlich“ an.

Die mit dem Fachpartner Ayunis organisierte Veranstaltung fand am 29. September statt und richtete sich an kommunale Entscheider*innen und Verwaltungsmitarbeitende. Im Mittelpunkt standen die Fragen: Wo kann KI heute sinnvoll unterstützen? Welche Grenzen sind zu beachten? Und welche Voraussetzungen braucht ein verantwortungsvoller Einsatz?

Der Handlungsdruck ist hoch

Kommunalverwaltungen müssen wachsende Aufgaben mit knappen Ressourcen bewältigen. KI kann entlasten – etwa beim Erstellen und Überarbeiten von Texten, bei Recherchen, der Auswertung interner Wissensbestände, der Dokumentation von Besprechungen oder bei wiederkehrenden Abläufen. Ihr Nutzen entsteht jedoch nicht durch die Technologie allein. Entscheidend sind klar definierte Anwendungsfälle, geeignete Daten, transparente Zuständigkeiten und menschliche Kontrolle. KI soll fachliche Entscheidungen unterstützen, nicht politische Verantwortung ersetzen.

Mit Anika Groß, Referentin bei der KGSt, und Jana Janze, Geschäftsführerin von Janze & Janze sowie Vorstandsmitglied des Kompetenznetzwerks Digitale Verwaltung, konnten zwei ausgewiesene Expertinnen für die einführenden Impulse gewonnen werden. Florian Ostermeier von Ayunis und Jonas Breig, Vorstandsmitglied des NJB und Bürgermeister der Gemeinde Biberach/Baden, präsentierten konkrete Anwendungsfälle – vom Verfassen von Anträgen oder Traureden über E-Mail-Bearbeitung und Protokollerstellung bis hin zu Wissensmanagement und Bürgerbeteiligung. Ayunis Core bietet mit dem Marketplace zudem eine integrierte Plattform für den Austausch bereits entwickelter und erprobter KI-Integrationen und Fähigkeiten. Dieser Austausch ist zentral. Kommunen müssen nicht jede Lösung einzeln entwickeln und dieselben Lernschleifen wiederholen. Praxisbeispiele zeigen, welche Anwendungen entlasten, wo Risiken liegen und wie Beschäftigte eingebunden werden können.

Die abschließende Diskussion bot Raum für Fragen zu Datenschutz, Qualitätssicherung, weiteren Anwendungsbeispielen und Akzeptanz in der Verwaltung – also zu den Punkten, an denen sich entscheidet, ob aus einem Pilotprojekt dauerhaft bessere Verwaltungsarbeit entsteht.

Für Bürgermeister*innen ist KI nicht nur ein IT-Thema

Ihr Einsatz berührt Organisationsentwicklung, Personalführung, Beschaffung, Haushaltssteuerung und Bürgerkommunikation. Führung bedeutet, realistische Ziele zu setzen, Verantwortlichkeiten zu klären und eine Lernkultur zu ermöglichen, in der Nutzen und Risiken sichtbar werden. Kleine, überprüfbare Anwendungsfälle sind ein sinnvoller Einstieg: mit einem konkreten Problem, messbaren Entlastungszielen und einer Auswertung vor einem breiteren Einsatz.

„Kommunale KI in a Nutshell“ wollte keinen abstrakten Zukunftsentwurf liefern, sondern umsetzbare Orientierung. Die Kernbotschaft nach 90 Minuten lautete: Kommunale KI muss weder kompliziert noch fern sein. Richtig ausgewählt und verantwortungsvoll eingeführt, kann sie Beschäftigte entlasten und Freiräume für das schaffen, was Verwaltung im Kern ausmacht – verlässliche Entscheidungen, gute öffentliche Leistungen und den persönlichen Kontakt zu den Bürger*innen. ■

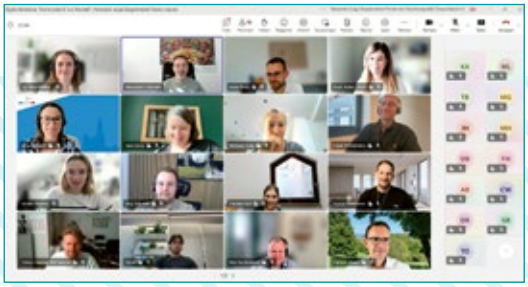
DIGITALER WORKSHOP

Unsere Reihe „ … in a Nutshell“ richtet sich an Bürgermeister*innen und Mitarbeitende aus den Verwaltungen und bietet einen verständlichen, praxisnahen Einstieg in aktuelle kommunale Zukunftsthemen. In 90 Minuten wird in dem digitalen Workshopformat ein kompakter Überblick zu unterschiedlichen relevanten Themen gegeben und konkrete Beispiele mit kommunalem Bezug gezeigt.



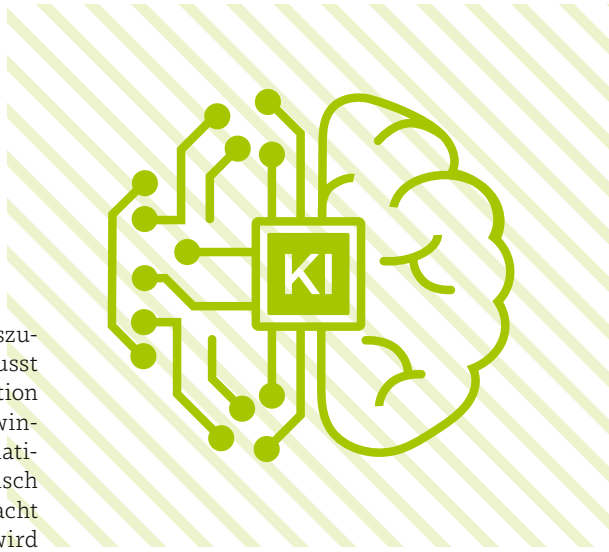
ALEXANDER LEHMANN
Referent beim Netzwerk Junge Bürgermeister*innen

Foto: privat



Kommunale Intelligenz:

Die Zukunft von Führung und Kommunikation



VON DR. DANIEL DETTLING

Kontrollverlust und Dauerkrise sind fester Bestandteil der politischen Normalität. Die Mehrheit der Bürger erwartet eine leistungsfähige öffentliche Verwaltung, die auf der Höhe der Zeit ist und nicht in den Strukturen des letzten Jahrhunderts verharrt. Künstliche Intelligenz (KI) wird die Bürgermeisterämter nachhaltig verändern und stärken und stellt die Machtfrage: Wer führt uns sicher in die Zukunft? Politische Führung muss sich künftig über Kooperation, Kommunikation und Konsens legitimieren.

Menschliche Führung wird wertvoller

Immer mehr Ämter setzen KI-gestützte Systeme ein, die Wartezeiten drastisch reduzieren. Genehmigungsverfahren, Bürgeranfragen, Terminverwaltung und Dokumentenprüfung lassen sich teilautomatisieren. Je mehr aber KI-Systeme Entscheidungen vorbereiten oder treffen, desto schwieriger wird politische Verantwortung zuzuweisen. Wenn ein Algorithmus empfiehlt, eine Schule zu schließen – wer hat dann entschieden?

Bürgermeister:innen werden zunehmend zu Kontrollierenden statt zu Entscheidungsträgern. Die Fähigkeit, KI-Empfehlungen kritisch zu hinterfragen, wird wichtiger als klassisches Verwaltungswissen. Das verändert, wer überhaupt geeignet ist, das Amt auszuüben. Bürgermeister:innen, die bewusst auf menschliche, analoge Kommunikation setzen, werden an Glaubwürdigkeit gewinnen – gerade, weil alles andere automatisiert wirkt. Die „raue Echtheit", der Mensch hinter dem Amt, wird zur Marke und macht Führung in Zukunft aus. Langfristig wird glaubwürdige, menschliche Führung wertvoller. Bürgermeister:innen, die auf Präsenz, Bürgernähe und nachvollziehbare Entscheidungswege setzen, werden einen Vertrauensvorsprung haben – nicht trotz KI, sondern wegen ihr.

„Der Mensch hinter dem Amt wird zur Marke und macht Führung in Zukunft aus."

Kommunale Intelligenz: Auf Kooperation und Kreativität kommt es an!

Bürgermeisterämter müssen globale Krisen lokal bewältigen, dabei mit knappen Kassen haushalten, die Verwaltung modernisieren und gleichzeitig als psychologischer Anker für die Bevölkerung und die eigenen Mitarbeitenden dienen. Es geht darum, digitale mit sozialer Resilienz zu verbinden. So setzt die Stadt Würzburg zusammen mit dem Landkreis auf „soziale Resilienz – menschlich aus der Krise" und will die Lebensqualität in der Region verbessern (*www.smarteregion.wuerzburg.de*), die Stadt Guben in Sachsen entwickelt mit „Resi.Form" eine digitale Plattform, um Schutzmaßnahmen gegen Hochwasser zu testen. Digitale Tools und KI-Plattformen verbessern so die Diskussionskultur in der Stadt und sorgen für ein besseres soziales Klima.

„Die Menschen machen die Stadt, nicht die Häuser", sagte der griechische Staatsmann Perikles vor mehr als 2000 Jahren, als er in Athen die Akropolis neu bauen ließ. Es geht um die Kooperation und Kreativität der Bürgermeister:innen und ihrer Bürger:innen. Führung im Bürgermeisteramt endet nicht an der Rathaustür, sie umfasst die Widerstandskraft aller Akteure und Institutionen. ■



Foto: Laurence Chaperon

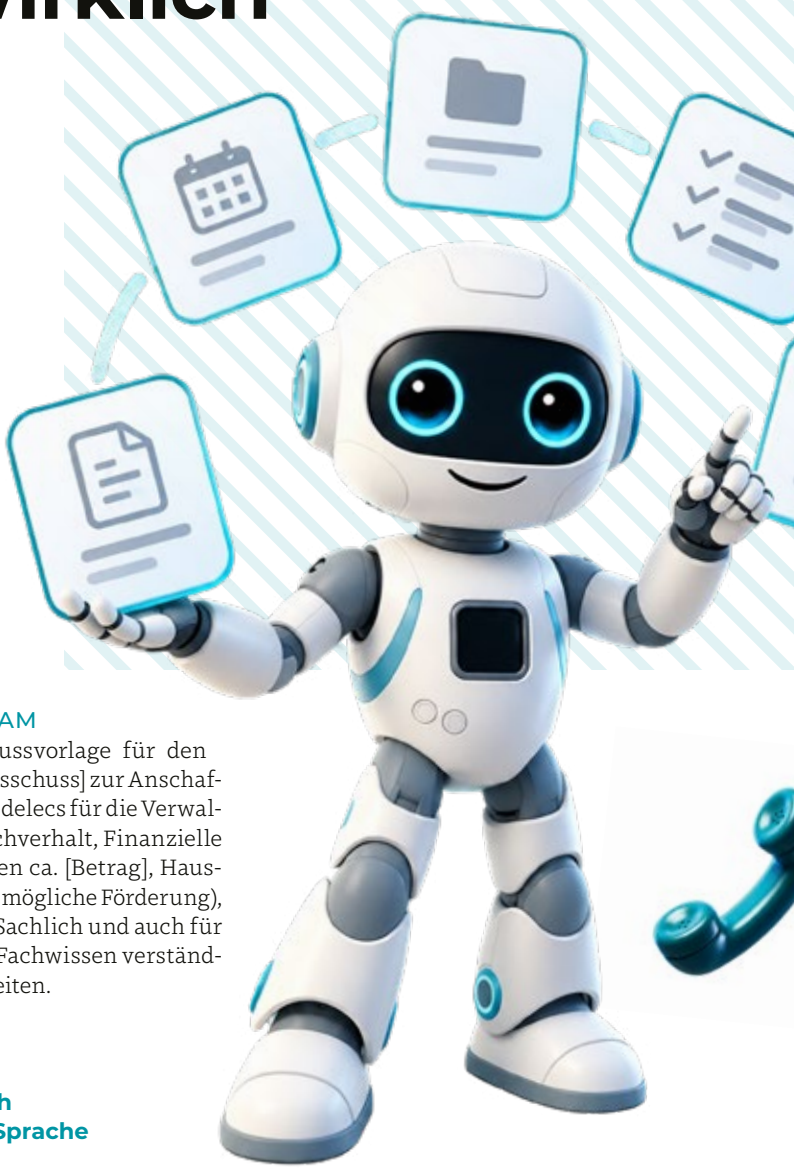


Dr. Daniel Dettling ist Zukunftsforscher und leitet das von ihm gegründete Institut für Zukunftspolitik.
www.institut-zukunftspolitik.de

Sein aktuelles Buch heißt: „Eine bessere Zukunft ist möglich. Ideen für die Welt von morgen"
Kösel Verlag, 20 Euro

10 PROMPTS, die im Rathaus wirklich Zeit sparen

PRÄSENTIERT VON CHARLY



Ob Bürgermail, Beschlussvorlage oder Grußwort: Diese 10 Prompts kommen direkt aus dem Verwaltungsalltag, für die Hausspitze und für Ihr Team. Kopieren, Angaben in den [Klammern] ergänzen, fertig.

1 Antwortentwurf auf Bürgermail

PROMPT FÜR TEAM

[Aufgabe] Schreib mir eine Antwort auf diese Bürgeranfrage. [Kontext] Der Bürger will wissen, warum sein Bauantrag noch nicht beschieden ist. Grund: Die Unterlagen sind unvollständig, die Statik fehlt. [Ergebnis] Nenne, welche Unterlage bis wann nachzureichen ist und wie es danach weitergeht. [Ton] Freundlich, sachlich, klar.

2 Grußwort für die Hausspitze

PROMPT FÜR HAUSSPITZE

Schreib mir ein Grußwort für [Anlass, z. B. 100 Jahre Freiwillige Feuerwehr] am [Datum]. Ich bin Bürgermeisterin/Bürgermeister von [Kommune, ca. Einwohnerzahl]. Kernbotschaften: [2–3 Punkte]. Danken möchte ich [Personen, Vereine]. Ton: persönlich und nahbar, Einstieg mit einer kurzen Anekdote, kein Politikersprech. Redezeit ca. 3 Minuten, also rund 400 Wörter.

3 Beschluss-vorlage

PROMPT FÜR HAUSSPITZE & TEAM

Entwirf eine Beschlussvorlage für den [Haupt- und Finanzausschuss] zur Anschaffung von 15 Dienst-Pedelecs für die Verwaltung. Gliederung: Sachverhalt, Finanzielle Auswirkungen (Kosten ca. [Betrag], Haushaltsstelle [Nummer], mögliche Förderung), Beschlussvorschlag. Sachlich und auch für Ratsmitglieder ohne Fachwissen verständlich. Umfang ca. 1,5 Seiten.

4 Amtsdeutsch in Einfache Sprache

PROMPT FÜR TEAM

Formuliere diesen Text für unsere Website in Einfache Sprache um, etwa auf Sprachniveau B1. Zielgruppe sind alle Bürgerinnen und Bürger, auch Menschen mit geringen Deutschkenntnissen. Kurze Sätze, Fachbegriffe erklären, Handlungsschritte als nummerierte Liste. Hier der Text: [Text einfügen]



Je genauer der Auftrag, desto besser das Ergebnis.

Ergänzen Sie die Angaben in den [Klammern], nennen Sie die Zielgruppe und prüfen Sie das Ergebnis immer fachlich. Die KI liefert den Entwurf, die Entscheidung bleibt bei Ihnen.

Alle Prompts zum Kopieren unter
www.junge-buergermeisterinnen.de/wissen



CHARLYS PROMPT-FORMEL:
Aufgabe ⊕ Kontext ⊕ gewünschtes Ergebnis ⊕ Ton ⊕ Umfang



Wichtig: Datenschutz und Fachprüfung

KI-Ausgaben sind Entwürfe, keine verbindliche Rechtsauskunft. Prüfen Sie Rechtsgrundlagen, Fristen, Tatsachen und Zahlen immer fachlich. Beschwerden, Protokolle und Personalunterlagen enthalten oft personenbezogene oder vertrauliche Daten, und die gehören nicht in frei verfügbare KI-Tools. Mit Charlys Schreibtisch arbeiten Sie DSGVO-konform und auf Basis des Wissens Ihrer eigenen Verwaltung.

5 Förderrichtlinie auswerten

PROMPT FÜR HAUSSPITZE & TEAM

Lies diese Förderrichtlinie und sag mir in Stichpunkten: Sind wir als [Gemeinde/Stadt] mit ca. [Einwohnerzahl] Einwohnern in [Bundesland] antragsberechtigt? Wie hoch ist die Förderquote, und welcher Eigenanteil bleibt? Welche Fristen gelten, welche Unterlagen brauchen wir? Gibt es Ausschlussgründe, etwa beim vorzeitigen Maßnahmenbeginn? Nenne zu jedem Punkt die Nummer der Richtlinie. Hier die Richtlinie: [Text einfügen]

6 Beschwerde deeskalieren

PROMPT FÜR HAUSSPITZE & TEAM

Diese Beschwerde ist ziemlich emotional. Schreib eine Antwort für meine Unterschrift, die den Ärger ernst nimmt, aber bei unserer Position bleibt: [Position]. Kein Schuldeingeständnis, max. 200 Wörter: [Beschwerde einfügen]

7 Häufige Bürgerfragen als FAQ

PROMPT FÜR TEAM

Hier sind anonymisierte Bürgeranfragen der letzten Wochen aus dem Bereich [z. B. Bürgerbüro]: [Anfragen einfügen]. Fass sie zu den 10 häufigsten Fragen zusammen. Formuliere zu jeder eine verständliche Antwort mit höchstens drei Sätzen und ergänze Zuständigkeit und Öffnungszeiten als Platzhalter. Markiere deutlich, wo Angaben fehlen, und erfinde keine Informationen, die sich aus den bereitgestellten Anfragen nicht ableiten lassen.



8 Ablehnungsbescheid



PROMPT FÜR TEAM

Formuliere die Begründung für einen Ablehnungsbescheid: Antrag auf Sondernutzungserlaubnis für [einen Imbisswagen am Marktplatz], abgelehnt wegen [Beeinträchtigung des Wochenmarkts]. Mit nachvollziehbarer Ermessensabwägung, juristisch sauber und verständlich.

9 Vergabevorlage

PROMPT FÜR TEAM

Erstell eine Vorlage für den [Gemeinderat/Magistrat] zur Vergabe der [Reinigungsleistungen für die Grundschule Nord]. Aufbau: Sachverhalt, Vergabeverfahren und Ergebnis, finanzielle Auswirkungen inkl. Haushaltsstelle, Beteiligung der Ämter, Beschlussvorschlag. Summe [Betrag] über [Laufzeit], wirtschaftlichstes Angebot: [Bieter].

10 Stellenbewertung

PROMPT FÜR PERSONALABTEILUNG

Hilf mir bei der Stellenbewertung für die neue Stelle [Sachbearbeitung Digitalisierung]. Ordne die Tätigkeiten den Merkmalen der Entgeltordnung zum TVöD (VKA) zu und nenne eine plausible Entgeltgruppe mit Argumenten für die Eingruppierung. Aufgabenbeschreibung: [Text einfügen]



ANZEIGE

Drei Wege, wie Charly Ihr Rathaus entlastet.

CHARLYS TELEFON
Nimmt Anrufe rund um die Uhr entgegen, beantwortet wiederkehrende Fragen, leitet gezielt weiter und verschickt Rückrufbitten. In über 30 Sprachen, ohne Warteschleife.

CHARLYS CHAT
Beantwortet Bürgerfragen schriftlich auf Ihrer Website, mit denselben Auskünften wie am Telefon. Verständlich, mehrsprachig und jederzeit erreichbar.

CHARLYS SCHREIBTISCH
Die DSGVO-konforme KI-Arbeitsfläche für Ihr Team: Dokumente verstehen, Wissen finden, Texte entwerfen, auf Basis Ihrer eigenen Verwaltung. Alle Prompts dieser Seiten funktionieren hier.

CHARLY

Mehr Zeit fürs Wesentliche: Sehen Sie in 20 Minuten live, wie Charly in Ihrer Kommune arbeiten würde, mit Ihren eigenen Fragen. Kostenfrei und unverbindlich.

SCANNEN & DEMO-TERMIN WÄHLEN

hallocharly.de
info@zaitgeist.com | 03075665555

KI MARKT PLATZ

ScanCar by SMART CITY SYSTEM

ScanCar by Smart City System macht Parkraum flächendeckend messbar. Das KI-gestützte Dachmodul mit vier Kameras kommt auf ein vorhandenes kommunales Fahrzeug und erfasst über 1.000 Kennzeichen pro Stunde, mit Beweisbild. DSGVO-konform, Made in Germany. Datengrundlage für Parkraumkontrolle und Verkehrsplanung.

Smart City System Parking Solutions GmbH
Schwabacher Str. 510c
90763 Fürth
scan-car.de

Ayunis

Ayunis Core ist die KI-Plattform für öffentliche Verwaltungen: souverän, DSGVO-konform und Open Source. Das VerwaltungsGPT unterstützt Ihre Teams bei Texten, Recherche, Dokumentenanalyse und vielem mehr. Im Marketplace finden und teilen Verwaltungen fertige KI-Fertigkeiten, die direkt einsatzbereit und nachnutzbar sind, wobei die Auswahl kontinuierlich wächst.

Ayunis (Locaboo GmbH)
vertrieb@ayunis.com
089 2154 7096–0
ayunis.com

CHARLY

Ihr KI-Kollege am Telefon, im Chat und am Schreibtisch. Entwickelt mit Kommunen für Kommunen. Charly nimmt Anrufe rund um die Uhr an, beantwortet Fragen online und bietet Ihrem Team eine DSGVO-konforme KI-Plattform für den Arbeitsalltag. Über 100 Kommunen nutzen Charly bereits – mit mehr als 1.500 Gesprächen täglich.

DEMO VEREINBAREN:
info@zaitgeist.com
030 7566 5555
hallocharly.de

pwc

Künstliche Intelligenz bietet Kommunen enorme Chancen – entscheidend ist die gelungene Umsetzung. PwC begleitet Sie von der Strategie über Ideenfindung und erstem Prototyping bis zum Praxiseinsatz. Mit klarem Fokus auf digitale Souveränität entwickeln wir KI-Lösungen, die Innovation voranbringen, Vertrauen schaffen und dauerhaft Nutzen stiften.

Dr. Tobias Franke
Director, PwC
0151 181 485 75
tobias.franke@pwc.com
pwc.de

VIDEO TAXI

Weniger Verwaltungsaufwand, mehr Zeit für Ihre Gemeinde: VIDEO.TAXI erstellt Protokolle von Gemeinderats- und Ausschusssitzungen automatisch, fasst Besprechungen mit Beschlüssen und Aufgaben kompakt zusammen und entlastet Ihr Servicetelefon mit KI-Telefonagenten, die Bürgeranfragen rund um die Uhr beantworten. DSGVO-konform, eigene Server in Co-locations in München und Frankfurt, ISO 27001 zertifiziert.

VIDEO.TAXI by TV1 GmbH
Beta-Str. 9a, 85774 Unterföhring
089 960 570–61
sales@video.taxi
video.taxi

PRAXIS IMPULSE

Praxis und Austausch –
Beiträge zu innovativen Methoden und Prozessen

S. 34
SO FUNKTIONIERT INTELLIGENTES STRASSENMANAGEMENT IN DER PRAXIS
vialytics

S. 35
SOVEREIGNDESK – IHR SOUVERÄNER ARBEITSPLATZ
ekom21

S. 36
VOM ARCHIV ZUM DURCHGÄNGIGEN DIGITALEN SATZUNGSMANAGEMENT
TSA

S. 37
DAS RATHAUS ERFOLGREICH STEUERN
vhw Fortbildung

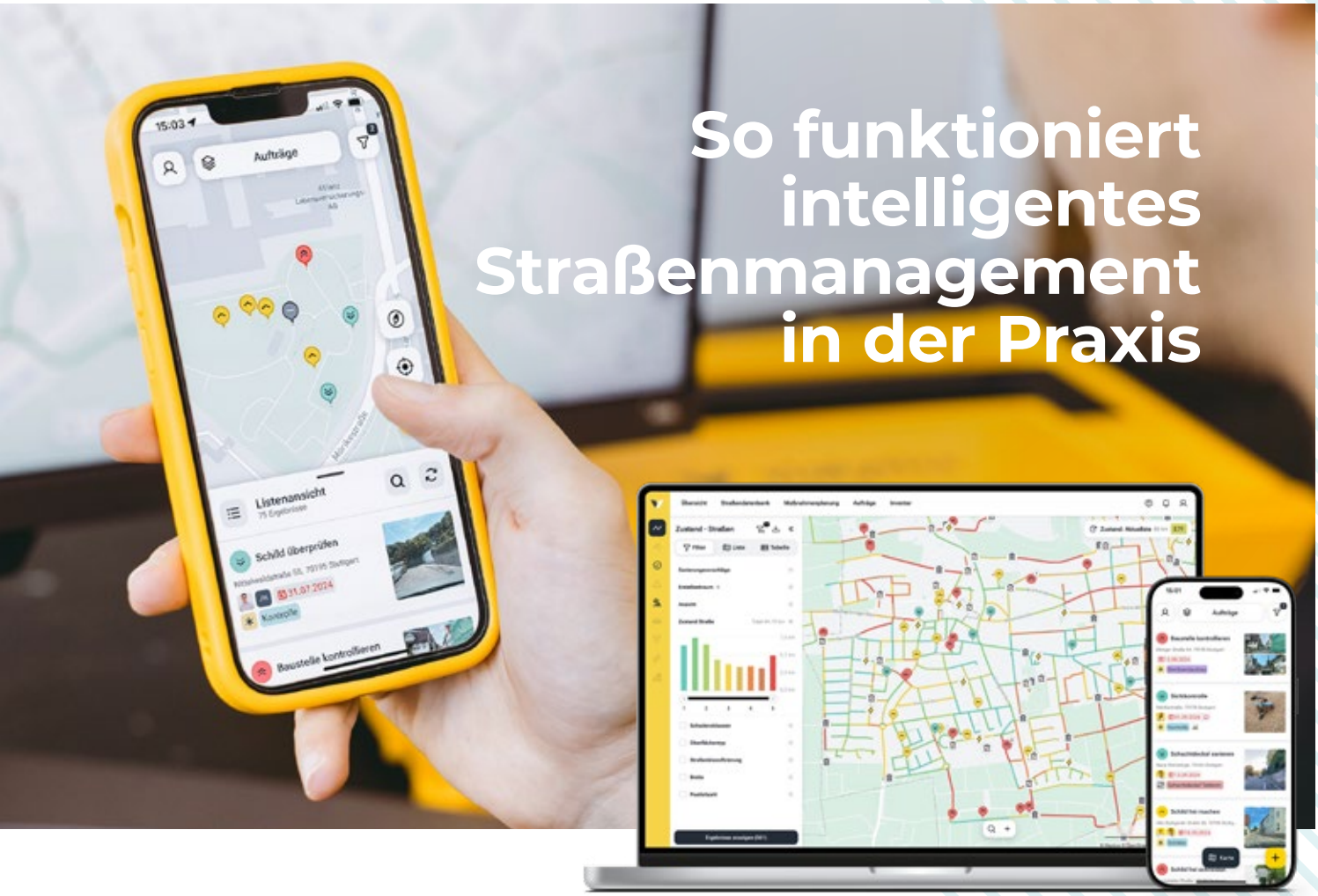
S. 38
RECHENZENTREN: WENN DIE CLOUD VOR DER RATHAUSTÜR LANDET
PwC

S. 40
NAVIGATOR DURCH DIE MOBILITÄTSWENDE
PwC

S. 41
SHOWBUS BRINGT DIE ZUKUNFT AUF DIE STRAßE
DB Regio

S. 42
WENN KI DIE STADTSAUBERKEIT MESSBAR MACHT
Remondis

IMPRESSUM
Projektleitung und Redaktion: Henning Reichardt-Witzel (V.i.S.d.P.), ASK Agentur für Sales und Kommunikation GmbH, Bülowstraße 66, 10783 Berlin, **Anzeigen:** Kerstin Böhm, Henning Mahler, ASK **Layout & Satz:** ASK **Erscheinungstermin:** 10/2026



Fotos: vialytics

So funktioniert intelligentes Straßenmanagement in der Praxis

In Bauhöfen und Bauämtern kostet die aufwendige Erhebung und Pflege von Zustandsdaten viel Zeit, die besser in die Umsetzung von Maßnahmen fließen könnte. Mithilfe von Künstlicher Intelligenz digitalisiert vialytics das Management von Straßen und kommunaler Infrastruktur und vereint alle relevanten Prozesse in einem durchgängigen System – von der Datenerfassung bis zur Maßnahmenplanung.

Kathrin Tassotti
Leitung Sales Development DACH

info@vialytics.de
+49 711 899 898 85

www.vialytics.de

Mit vialytics werden Zustandsdaten ganz nebenbei im kommunalen Arbeitsalltag erhoben: Ein Smartphone wird während regulärer Fahrten hinter der Windschutzscheibe oder am Fahrradlenker befestigt und nimmt automatisch alle vier Meter georeferenzierte Bilder auf. Die Daten werden im Hintergrund in wenigen Stunden verarbeitet und mithilfe Künstlicher Intelligenz analysiert. Schäden auf der Straßenoberfläche und an Objekten wie Verkehrszeichen, Fahrbahnmarkierungen, Wasserabläufen und Schachtdeckeln werden automatisch erkannt und nach Noten bewertet. Gefahrenstellen können zusätzlich per Knopfdruck während der Fahrt mit Bild und Sprachnotiz dokumentiert werden.

Nach der Befahrung laufen alle Ergebnisse in einem zentralen Web-System zusammen, sodass die Mitarbeitenden von Bauhof und Tiefbauamt aus den aktuellen Zustandsdaten direkt Maßnahmen planen, priorisieren und dokumentieren können. vialytics CEO und Co-Gründer Patrick Glaser erklärt: „Unsere Mission ist, Kommunen weltweit zu befähigen, ihre Infrastruktur besser zu verstehen und nachhaltig zu bewirtschaften – für effizientere Prozesse, bessere Entscheidungen und eine höhere Qualität der Straßen."

Sowohl langfristige Erhaltungsmaßnahmen als auch kurzfristige Reparaturen lassen sich effizient steuern. Auch Budgets, Wartungszyklen und Gewährleistungsansprüche können im System hinterlegt und nachverfolgt werden. Da Streckenkontrollen und der Winterdienst automatisch per GPS und Zeitstempel rechtssicher dokumentiert werden, ist die Verkehrssicherungspflicht nachweisbar erfüllt – zum Beispiel gegenüber Aufsichtsbehörden oder im Streitfall vor Gericht.

Dieselbe Datengrundlage macht die Kommune auch nach außen auskunftsfähig: Weil Straßenzustand und laufende Maßnahmen jederzeit aktuell und georeferenziert vorliegen, lassen sich Bürgeranfragen schnell, transparent und ohne Vor-Ort-Kontrollen beantworten. So entsteht eine einheitliche, objektive Datengrundlage, die Transparenz schafft, die Rechtssicherheit erhöht und fundierte Entscheidungen ermöglicht. ■

SovereignDesk
Ihr souveräner Arbeitsplatz

Die Realität in zahlreichen Verwaltungen ist durch Informationssilos, zeitaufwendige Suche und fragmentierte Tool-Landschaften geprägt. Viele Einzellösungen ohne Integration führen dabei zu Medienbrüchen und doppeltem Aufwand. Wichtige Daten, Prozesse und Dienste liegen zunehmend bei wenigen Global Playern, was zu steigenden Lizenzkosten und wechselnden Preismodellen führen kann. Hinzu kommt die Unsicherheit, wo die eigenen Daten eigentlich liegen und wie die wachsenden Tool- und Systemlandschaften noch zu steuern sind.

100 Wege – eine Lösung

Spätestens an dieser Stelle stellt sich die Frage, wie es wäre, wenn alle Funktionen an einem Ort gebündelt wären, wenn sich der Datenschutz nicht als Problem, sondern als Teil der Lösung präsentieren würde, alle Mitarbeiter auf einer gestaltbaren Plattform arbeiten könnten und diese Lösung genauso flexibel wie die Anforderungen der Kommunen wäre. Oder kurzum: ein digitaler Arbeitsplatz für Städte, Gemeinden und Kreise, der so souverän ist wie die kommunale Selbstverwaltung, so vielseitig wie deren Aufgaben und der Datensouveränität gewährleistet.

SovereignDesk bietet Ihnen:

- Eine Plattform für Kommunikation, Organisation und Fachverfahren.
- Datenschutzkonform und souverän – Hosting in Deutschland, Open Source.
- Modular und flexibel – passt sich den Bedürfnissen jeder Verwaltung an.
- Community-getrieben – Weiterentwicklung gemeinsam mit den Nutzerinnen und Nutzern.
- Integriert und vernetzt – alle Werkzeuge an einem Ort.
- Effizient und übersichtlich – spart Kosten, Zeit und Komplexität.
- Für alle Verwaltungsebenen geeignet – von kleiner Kommune bis Landesbehörde.

Sicher und flexibel

Von 100 Wegen zu einer Lösung – das ist der SovereignDesk, die zentrale Plattform für digitale Zusammenarbeit in der öffentlichen Verwaltung, die Kommunikation, Wissen, Projekte und Fachverfahren in einer sicheren, souveränen und flexiblen Umgebung vereint. Das Besondere daran: SovereignDesk ist speziell für Behörden und andere öffentliche Einrichtungen entwickelt.

Die Plattform vereint alle Werkzeuge für digitale Zusammenarbeit und das sicher, flexibel und datenschutzkonform. Sie wird in Deutschland gehostet und ist BSI-konform aufgebaut. Wünsche der Anwendergemeinschaft werden kontinuierlich in die Entwicklung aufgenommen und machen SovereignDesk zu einer jederzeit aktuellen und praxisnahen Lösung.

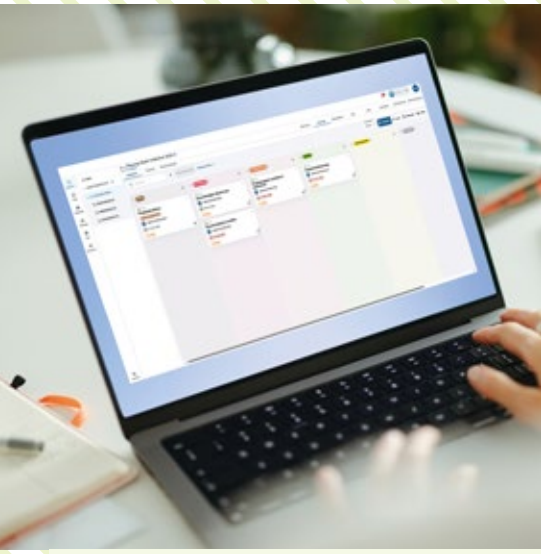
Als „Digital Workplace für Verwaltungen" bietet SovereignDesk eine zentrale Umgebung für Kommunikation, Organisation und Wissenstransfer, die speziell entworfen wurde, um Behörden und andere öffentliche Einrichtungen zu vernetzen – und das nach einem klaren Prinzip:

Einfach ➔ eine Plattform statt vieler Werkzeuge.

Souverän ➔ autark gehostet, BSI-konform, DSGVO-fest.

Integriert ➔ eingegliederte Prozesse statt Medienbrüche.

Statt vieler Einzellösungen bietet SovereignDesk eine Plattform, auf der Mitarbeitende gemeinsam arbeiten, Informationen finden, Projekte steuern und Fachverfahren nutzen können. ■



Haben wir Sie neugierig gemacht?
Wir beraten Sie von A bis Z!
Senden Sie uns Ihre Anfrage an:
vertrieb@ekom21.de

EKOM21

Eine Lösung statt 100 Wege

Die Einführung des SovereignDesk begleiten wir von Anfang an: vom gemeinsamen Zielbild über die Migration aller Systeme in die souveräne Welt bis zum Rollout mit Schulungen und Change-Formaten. Die Organisation wird Schritt für Schritt in die neue Arbeitsweise geführt. Eine neue Lösung mit vielen Vorteilen für Sie und Ihre Verwaltung:

Kommunikation und Zusammenarbeit
- Chat mit Echtzeitkommunikation, Threads, Datei- und Link-Sharing
- Videokonferenzen, inkl. Breakout-Räume

Wissen und Dokumentation
- Dokumentationsplattform für strukturiertes, versioniertes Wissen
- Volltextsuche, Diskussionsfunktionen und Verknüpfungen zu anderen Modulen
- Exportfunktionen für interne und externe Nutzung

Projekte und Organisation
- Projektmanagement mit Kanban, Gantt und Meilensteinen
- Ressourcenplanung, Aufgabenverteilung und KPI-Dashboards
- Strukturierte Zusammenarbeit über Bereiche und Organisationseinheiten hinweg

Dateien und Ablage
- Zentrale Teamablage (Box) für Dokumente und Dateien
- Versionierung, Rechtekonzepte und Co-Authoring
- Direkte Integration von Online-Office, für die Echtzeit-Zusammenarbeit

Sicherheit und Souveränität
- Hosting in Deutschland
- BSI-konforme Sicherheitsstandards
- Open-Source-Architektur für volle Transparenz und Zukunftssicherheit



Foto: magnific.com

Vom Archiv zum durchgängigen digitalen Satzungsmanagement

Die Stadt Querfurt ordnet ihr kommunales Recht neu

Kommunale Satzungen bilden die Grundlage zahlreicher Entscheidungen in Städten und Gemeinden. Sie regeln Gebühren, Zuständigkeiten und kommunale Leistungen. Damit Verwaltungshandeln rechtssicher erfolgen kann, müssen die geltenden Vorschriften jederzeit verfügbar, aktuell und nachvollziehbar sein.

In der Praxis ist das jedoch häufig leichter gesagt als getan. Auch in der Stadt Querfurt hatte sich über viele Jahre ein umfangreicher Bestand kommunaler Rechtsvorschriften angesammelt. Einige Satzungen befanden sich in Aktenordnern und Archiven, andere lagen als eingescannte Dokumente oder Word-Dateien in unterschiedlichen Ablagestrukturen vor. Änderungen waren nicht immer auf einen Blick nachvollziehbar, historische Fassungen mussten aufwendig recherchiert werden und ein zentraler Überblick über den gesamten Satzungsbestand fehlte. Die Herausforderung bestand dabei nicht allein in der Veröffentlichung der Vorschriften. Vielmehr begann der Aufwand bereits bei der täglichen Arbeit an den Dokumenten. Unterschiedliche Dateistände, manuelle Abstimmungen und fehlende Transparenz über Änderungen erschwerten die Bearbeitung und banden wertvolle personelle Ressourcen.

„Die entscheidende Frage lautet nicht nur, welche Technologie eingesetzt wird, sondern auf welche Informationen sie zugreifen kann.“

Die Stadt Querfurt entschied sich deshalb, die Verwaltung ihres Ortsrechts grundlegend neu zu organisieren und künftig auf den Infodienst Kommunales Recht der TSA Public Service GmbH zu setzen. Ziel war es nicht, lediglich eine weitere Plattform zur Veröffentlichung von Satzungen einzuführen, sondern den gesamten Lebenszyklus kommunaler Rechtsvorschriften digital abzubilden.

Heute werden Satzungen, Verordnungen, Richtlinien und weitere Vorschriften zentral verwaltet. Bereits bei der Erarbeitung einer neuen Satzung arbeiten alle Beteiligten auf einer gemeinsamen Datenbasis. Änderungen können nachvollziehbar dokumentiert, verglichen und abgestimmt werden. Statt verschiedene Dokumentversionen manuell gegenüberzustellen, lassen sich Synopsen und Lesefassungen deutlich einfacher erstellen. Verwaltung und kommunale Gremien erkennen dadurch schneller, welche Inhalte tatsächlich geändert werden sollen.

Das System fügt sich in bestehende Verwaltungsprozesse ein und bietet die Möglichkeit einer Anbindung an Ratsinformationssysteme. Dadurch können Satzungsentwürfe direkt in Beratungs- und Beschlussprozesse eingebunden werden. Nach dem Beschluss folgen digitale Ausfertigung, elektronische Bekanntmachung und Archivierung innerhalb eines durchgängigen digitalen Verfahrens. Genau darin unterscheidet sich der Ansatz von klassischen Satzungsmodulen in Content-Management-Systemen. Dort werden häufig fertige PDF-Dokumente veröffentlicht. Die eigentliche Bearbeitung, Abstimmung, Versionierung und Nachverfolgung von Satzungsänderungen findet dagegen weiterhin außerhalb des Systems statt.

In Querfurt wird Kommunales Recht dagegen als Arbeitsumgebung genutzt. Von der Erarbeitung über die Änderungsverfolgung und Synopse bis hin zur Bekanntmachung und Archivierung arbeiten die Beteiligten auf einer gemeinsamen Datenbasis. Der Fokus liegt nicht auf dem Dokument, sondern auf der Rechtsvorschrift und ihrem gesamten Lebenszyklus.

Davon profitiert nicht nur die Verwaltung. Aktuelle Fassungen sind schneller auffindbar, Wissen bleibt auch bei personellen Veränderungen erhalten und rechtliche Auskünfte können auf einer belastbaren Grundlage erfolgen. Gerade vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels gewinnt dieser Aspekt zunehmend an Bedeutung.

Gleichzeitig schafft die Stadt Querfurt damit die Grundlage für zukünftige digitale Anwendungen. Denn die entscheidende Frage bei KI-Assistenten und digitalen Verwaltungsagenten lautet nicht nur, welche Technologie eingesetzt wird, sondern auf welche Informationen sie zugreifen kann. Strukturierte, aktuelle und nachvollziehbare Rechtsgrundlagen bilden dafür eine unverzichtbare Voraussetzung.

Das Beispiel der Stadt Querfurt zeigt, dass moderne Satzungsverwaltung heute weit mehr ist als die Bereitstellung eines PDF-Dokuments. Sie schafft Transparenz, unterstützt die tägliche Verwaltungsarbeit und bildet die digitale Wissensbasis für die Verwaltung von morgen. ■

Sie möchten erfahren, wie sich der gesamte Lebenszyklus kommunaler Rechtsvorschriften digital abbilden lässt? Dr. Anna Siedel steht Ihnen gerne für einen unverbindlichen Austausch zur Verfügung.

PERSÖNLICH FÜR SIE DA:

Dr. Anna Siedel
Accountmanagerin
anna.siedel@teleport.de
+49 345 773874–0
TSA Public Service GmbH
www.tsa.de

BÜRGERMEISTER/INNEN-LEHRGANG

Das Rathaus erfolgreich steuern

Sechstägiger Intensiv-Lehrgang mit Kamingesprächen, Reflexionsräumen und kollegialem Coaching

Nach mehreren Jahren Amtszeit haben Sie als Bürgermeister*in vielfältige Erfahrungen gesammelt, Krisen gemeistert und Erfolge erzielt. Sie kennen die Mechanismen, haben Ihr Netzwerk aufgebaut und wissen, wie das System funktioniert.

Doch die Herausforderungen werden nicht kleiner – sie werden komplexer: Transformation der Verwaltung, gesellschaftliche Polarisierung, Fachkräftemangel, Klimawandel und Digitalisierung erfordern mehr als Routine. Sie verlangen strategische Weitsicht, bewusste Führung und eine Organisationskultur, die Wandel trägt.

Der sechsteilige Lehrgang richtet sich an erfahrene Bürgermeister*innen, die ihre Führungsrolle bewusst weiterentwickeln, ihre Verwaltung strategisch ausrichten und eine zukunftsfähige Führungskultur etablieren wollen. Dabei stehen Sie als strategische*r Gestalter*in, Kulturpräger*in und Impulsgeber*in im Mittelpunkt.

Das Besondere:
Der Intensivkurs kombiniert fundierte Inputs zu Strategie, Führung, Organisationsentwicklung und Kommunikation mit interaktiven Methoden und Übungen, kollegialem Coaching sowie intensiven Kamingesprächen und kollegialem Austausch. Sie gewinnen Abstand zum operativen Alltag, schärfen Ihre strategische Perspektive und kehren mit neuen Impulsen, klaren Handlungsansätzen und gestärkter Führungskraft in Ihr Rathaus zurück. ■

Der Lehrgang besteht aus drei Präsenzmodulen im Kloster Banz (je Modul zwei Tage) mit zwei kurzen Online-Einheiten zwischen Modul 1 und 2 sowie Modul 2 und 3. Jedes Modul wird von einem unterschiedlichen Coaching-Team begleitet.

TERMINE IM KLOSTER BANZ
Modul 1: 4./5. März 2027
Modul 2: 10./11. Juni 2027
Modul 3: 13./14. September 2027

ONLINE-EINHEITEN
20.04.2027 09:00–10:30 Uhr
20.07.2027 09:00–10:30 Uhr

Veranstaltungsnr.:
BY270300

Der Lehrgang ist auf maximal 12 Personen begrenzt.

vhw.de/va/BY270300

vhw Fortbildung

ANZEIGE



PWC
ANZEIGE



Foto: stock.adobe.com/Michelle

RECHENZENTREN

Wenn die Cloud vor der Rathaustür landet

Milliardeninvestitionen, hoher Strombedarf, große Flächen: Wie Kommunen aus einer Standortanfrage echten Mehrwert schaffen

Auf 35 Hektar – fast 50 Fußballfeldern – investiert der britische Rechenzentrumsentwickler und -betreiber VIRTUS Data Centres in Wustermark im Havelland drei Milliarden Euro in einen neuen Rechenzentrumskomplex. Er soll 300 Megawatt leisten – etwa ein Zehntel der aktuellen deutschen Rechenzentrumsleistung. Per städtebaulichem Vertrag regelte die Gemeinde unter anderem die zulässige Grundwasserentnahme und die äußere Gestaltung der Gebäude. Bürgermeister Holger Schreiber handelte außerdem aus, dass VIRTUS seinen deutschen Firmensitz nach Wustermark verlegen will. Ziel: Die Gewerbesteuer soll vor Ort ankommen.

Cloud, Künstliche Intelligenz (KI), die digitale Verwaltung und die vernetzte Wirtschaft brauchen reale Orte – längst nicht nur in Frankfurt am Main, Berlin oder anderen Ballungsräumen. Auch mittlere und kleine Städte und Gemeinden können solche Standortanfragen bekommen.

Für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister beginnt die Abwägung: Ist das eine Standortchance oder ein Projekt, das vor allem Fläche und Strom beansprucht sowie die Verwaltung fordert? Beides ist möglich. Rechenzentren verursachen meist weniger Verkehr als Logistik- und Produktionsbetriebe und schaffen vergleichsweise wenige direkte Arbeitsplätze. Sie erfordern aber sehr leistungsfähige Stromanschlüsse, geeignete Flächen und frühe Planung. Allein schon deshalb muss die Kommune früh wissen, was für den Ort herausspringt.

Vom Reagieren ins Gestalten kommen

Der Handlungsdruck wächst: Cloud-Anwendungen, Künstliche Intelligenz und die Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung erhöhen den Bedarf an Rechenleistung stark. Der Bund will die Rechenzentrumskapazitäten bis 2030 mindestens verdoppeln und die Kapazitäten für KI und Hochleistungsrechnen mindestens vervierfachen.

Frankfurt am Main mit dem DE-CIX, einem der weltweit größten Internetknoten, bleibt

„Rechenzentren erfordern sehr leistungsfähige Stromanschlüsse, geeignete Flächen und frühe Planung. Allein schon deshalb muss die Kommune früh wissen, was für den Ort herausspringt.“

ein Hotspot. Doch nicht jedes Rechenzentrum braucht diese Nähe. Je nach Nutzung können die verfügbaren Flächen, gesicherte Stromkapazitäten, moderne Kühltechnik, Erweiterungsmöglichkeiten oder die Nutzung der Abwärme wichtiger sein. So rücken auch Standorte außerhalb der großen Zentren in den Blick.

Und wer klopft im Rathaus an? Nicht immer der spätere Betreiber. Häufig sind es zunächst Projektentwickler, Immobilieninvestoren oder Standortvermittler – teils nachdem sie private Grundstücke gesichert haben. Bei aktuellen Projekten treten auch spezialisierte Rechenzentrumsentwickler und -betreiber auf. Sobald Planungsrecht, Erschließung, Netzanschluss oder Wärmeplanung betroffen sind, sitzt die Kommune mit am Tisch.

Brandenburg veröffentlichte im Mai 2026 einen Leitfaden für Kommunen, den die Wirtschaftsförderung Brandenburg im Auftrag des Landes von PwC erarbeiten ließ. Er behandelt Flächensicherung, Bauleitplanung, Energieversorgung, Gewerbesteuer und Abwärmenutzung. Bundesdigitalminister Karsten Wildberger brachte den politischen Anspruch im September auf einen knappen Satz: „Auch die Menschen vor Ort müssen durch Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Gewerbesteuer profitieren." Genau daran sollten Kommunen eine Standortanfrage messen.

Fünf Fragen früh klären

1 Passt das Projekt zur Fläche?

Für die Kommune zählt nicht nur die Zahl der Quadratmeter. Wem gehört die Fläche? Gibt es bereits Baurecht? Welche Infrastruktur wird dauerhaft gebunden? Gehört das Grundstück der Kommune, kann sie stärker gestalten. Bei privaten Flächen hat sie vor allem dann Einfluss, wenn sie Planungsrecht schaffen oder ändern muss. Muss die Kommune einen Bebauungsplan aufstellen oder ändern, kann sie ihre städtebaulichen Ziele einbringen. Besteht passendes Baurecht, wird der Spielraum kleiner.



2 Ist der Stromanschluss realistisch?

Ohne Strom kein Rechenzentrum. Große Rechenzentrumskomplexe können Stromanschlüsse im dreistelligen Megawattbereich benötigen – in Wustermark sind bis zu 300 Megawatt vorgesehen. Den Netzanschluss muss der Betreiber mit dem Versorger klären. Die Kommune sollte Netzbetreiber und Landesebene früh einbinden. Das Netzanschlusspaket des Bundes soll den Bau neuer Anlagen und den Ausbau des Stromnetzes besser aufeinander abstimmen. Belastbar ist eine Anfrage nur, wenn Netzanschluss, Projektfortschritt und Planung zusammenpassen.

3 Wie kann die Kommune die Abwärme nutzen?

Rechenzentren erzeugen dauerhaft Wärme. Kommunen können sie etwa für Wärmenetze, Quartiere, Schwimmbäder, Schulen oder andere öffentliche Gebäude nutzen. Dafür müssen sie früh prüfen: Gibt es passende Abnehmer? Sind Leitungen vorhanden oder wirtschaftlich machbar? Wer investiert und welche Verträge sind nötig? Stadtwerke oder andere Energieversorger und der Betreiber gehören deshalb vom Start weg an einen Tisch. Die Kommune sollte die Abwärmenutzung von Anfang an mit ihrer Wärme- und Wärmenetzplanung verknüpfen.

4 Welche Einnahmen sind wirklich zu erwarten?

Eine Milliardeninvestition ist noch kein Gewerbesteuerversprechen. Entscheidend ist, welche Gesellschaft das Rechenzentrum betreibt, wo steuerliche Gewinne entstehen und ob vor Ort eine Betriebsstätte besteht. Der am 2. September 2026 vom Bundeskabinett beschlossene Entwurf zur Einkommensteuerreform 2027 sieht für Rechenzentren einen neuen Verteilungsschlüssel für die Gewerbesteuer vor: 90 Prozent nach elektrischer Anschlussleistung, zehn Prozent nach Arbeitslöhnen. Gesetz ist das noch nicht. Kommunen sollten deshalb prüfen, welche Einnahmen realistisch sind.

5 Wie gelingt Akzeptanz?

Wer Akzeptanz will, sollte früh informieren statt spät beschwichtigen. Bürgerinnen und Bürger wollen wissen: Wie hoch sind Strombedarf, Lärm, Wasserverbrauch und Flächenversiegelung – und was hat die Kommune davon? Der Brandenburg-Leitfaden empfiehlt, betroffene Gruppen früh zu identifizieren und einzubinden, einen Ansprechpartner zu benennen und über die Presse sowie eigene Online-Kanäle zu informieren.

Vor dem Bauantrag die Spielregeln setzen

Eine gute Rechenzentrumsansiedlung beginnt nicht erst mit dem Bauantrag. Kommunen sollten vorher festlegen, unter welchen Bedingungen sie solche Projekte wollen: mit Blick auf Standortkriterien, Nachhaltigkeit, Abwärmenutzung, die Einbindung ins Stadt- oder Ortsbild und die Wertschöpfung vor Ort.

Gerade kleinere Rathäuser müssen das nicht allein lösen. Rechenzentrumsprojekte verbinden die Bauleitplanung, die Energieinfrastruktur, die Wirtschaftsförderung, die Nachhaltigkeit, die Steuern und die Kommunikation. Deshalb lohnt es sich, die Stadtwerke, die Netzbetreiber, die Wirtschaftsförderungen, die Fachbehörden und andere Kommunen früh einzubinden.

Den Nutzen vor Ort sichern

Rechenzentren sind weder ein Heilsversprechen noch automatisch eine Belastung. Für Kommunen sind sie eine Standort- und Infrastrukturentscheidung mit langfristigen Folgen. Wer Strom, Fläche, Planungsrecht, Wärme, Einnahmen und Akzeptanz zusammendenkt, kann aus einer Anfrage ein Projekt mit kommunalem Mehrwert machen.

Die richtige Frage lautet deshalb nicht nur: „Wollen wir ein Rechenzentrum?" Sondern: „Unter welchen Bedingungen passt ein Rechenzentrum zu unserer kommunalen Zukunftsstrategie – und was bleibt am Ende vor Ort?" ■



SILKE HÖHNL
PwC Deutschland



ANDREAS WINDOLPH
PwC Deutschland

Fotos: PwC

PWC
ANZEIGE

Navigator durch die Mobilitätswende

Wie Kommunen trotz knapper Ressourcen die Mobilitäts-wende wirksam voranbringen

„Die meisten Menschen erwarten beim Thema Mobilität keine Revolution. Sie wollen konkrete Verbesserungen in ihrem Alltag spüren." Das sagte Bundesverkehrsminister Steffen Bilger in seiner Bundestagsrede am 8. September 2026. Genau darin liegt eine der größten kommunalen Aufgaben unserer Zeit: die Mobilitätswende so zu gestalten, dass sie vor Ort tatsächlich etwas verbessert.

Mit knappen Mitteln viel bewirken

Deutschlands rund 11.000 Kommunen stehen vor der Herausforderung, Daseinsvorsorge, Klimaschutz, Lebensqualität und Wirtschaftskraft miteinander in Einklang zu bringen. Damit daraus tatsächlich spürbare Verbesserungen im Alltag entstehen, müssen Kommunen entscheiden, welche Maßnahmen vor Ort den größten Nutzen bringen. Angesichts angespannter Haushalte und begrenzter personeller Ressourcen müssen sie Prioritäten setzen und Finanzmittel möglichst wirksam einsetzen. Isolierte Einzelmaßnahmen wie der Ausbau des Radverkehrs, die Einführung von On-Demand-Verkehren oder die Elektrifizierung kommunaler Fahrzeugflotten reichen dafür oft nicht aus. Die Mobilitätswende braucht einen integrierten strategischen Ansatz.

Die richtigen Prioritäten setzen

Diesem Ansatz folgt der Mobilitätswende-Navigator von PwC – ein modulares Beratungsangebot, das Kommunen dabei unterstützt, die richtigen Prioritäten zu setzen: Wo stehen wir? Welche Maßnahmen bringen den größten Nutzen? Was ist finanzierbar und umsetzbar? Im Mobilitätswende-Navigator-Ansatz bündelt PwC bewährte Mobilitäts-, ÖPNV-, Antriebswende- und Digitalisierungskompetenz sowie jahrzehntelange Erfahrung aus der Strategie- und Organisationsentwicklung.

Die Ziele sind klar: Fehlentscheidungen vermeiden, Ressourcen zielgenau einsetzen und möglichst viel Wirkung für die Mobilitätswende und den Alltag der Menschen erzielen.

Vom Status quo zum konkreten Plan

Der Navigator-Ansatz ist modular aufgebaut: Jede Kommune nutzt die Bausteine, die zu ihrer Situation passen.

Der erste Baustein ist der Readiness-Check mit der zentralen Frage: Wo stehen wir heute? Dafür nimmt PwC die Stadt- und Verkehrsplanung, den öffentlichen Nahverkehr, die Antriebswende, Digitalisierung und Vernetzung sowie Strategie und Governance unter die Lupe. Benchmarks und Potenzialanalysen zeigen, wo die Kommune gut unterwegs ist, wo Nachholbedarf besteht – und was konkret zu tun ist. So entsteht ein klares Bild der Ausgangslage mit konkreten Handlungsempfehlungen.

Im zweiten Baustein entwickeln die Politik, die Verwaltung und weitere Beteiligte gemeinsam eine integrierte Mobilitätsstrategie: Sie formulieren eine Vision, setzen Ziele, bestimmen Handlungsfelder und priorisieren konkrete Maßnahmen. Dabei zählt nicht nur, was wünschenswert wäre, sondern was die Kommune realistisch finanzieren und umsetzen kann. Eine kluge Strategie lenkt die Finanzmittel dorthin, wo sie den größten Nutzen bringen.

Viele Strategien scheitern nicht an den Ideen, sondern an der Umsetzung – darum geht es im dritten Baustein. PwC begleitet Kommunen bei der Projektsteuerung, dem Controlling, bei Beteiligungsprozessen und dem Projektportfoliomanagement. Die Beteiligten behalten Fortschritte und Prioritäten im Blick, steuern bei Bedarf nach und setzen knappe Ressourcen gezielt ein.

Den Handlungsstau auflösen

Eine PwC-Analyse von 400 kreisfreien Städten und Landkreisen zeigt einen regelrechten Handlungsstau: Rund 25 Prozent von ihnen haben noch keine Mobilitätsstrategie. Nur 29 Prozent der untersuchten Strategien stuft PwC als hochwertige Gesamtstrategien ein. Zudem zeigt die Analyse: Eine erfolgreiche Mobilitätswende gelingt nicht allein mit Einzelprojekten. Kommunen müssen verschiedene Handlungsfelder miteinander verzahnen.

Für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister heißt das: Die Mobilitätswende ist mehr als ein Verkehrsprojekt: Sie ist eine strategische Managementaufgabe. Es geht um Ziele, Prioritäten, Organisation, Finanzierung, Beteiligung – und letztlich um Umsetzung. Der Mobilitätswende-Navigator bietet Kommunen einen strukturierten Rahmen dafür. Er hilft ihnen, aus vielen möglichen Einzelmaßnahmen eine Gesamtstrategie zu entwickeln, die zur jeweiligen Kommune passt, finanzierbar bleibt und Wirkung zeigt.

Oder, um zum Gedanken von Bundesverkehrsminister Steffen Bilger zurückzukommen: Entscheidend ist, dass die Menschen konkrete Verbesserungen in ihrem Alltag spüren. Der Weg dorthin braucht weniger Gießkanne, mehr Wirkung – und die richtige Navigation. ■



„Viele Strategien scheitern nicht an den Ideen, sondern an der Umsetzung."



MAXIMILIAN ROHS
PwC Deutschland

Foto: PwC





Fotos: DB Regio, Annette Riedl

ÖPNV

ShowBus bringt die Zukunft auf die Straße

Aufgabenträger, die neue Konzepte für einen besseren ÖPNV auf die Straße bringen wollen, brauchen in der Regel gutes Timing, einen langen Atem oder beides. Denn ist ein Verkehrsvertrag erstmal unter Dach und Fach, landen selbst brillante Ideen oft in der Schublade, weil im laufenden Betrieb nur wenig Spielraum für Innovationen bleibt.

Allerdings zeigt ein Blick nach Frankfurt, dass es auch anders geht. Dort integriert die städtische Nahverkehrsgesellschaft traffiQ im laufenden Verkehrsvertrag den gerade erst von der InnoTrans in Berlin zurückgekommenen ShowBus in den Linienbetrieb, um innovative Konzepte in der Praxis zu erproben. Ermöglicht wird das Manöver durch ein verkehrsvertraglich vereinbartes Innovationsbudget in Höhe von 350.000 Euro pro Jahr, das alle Bieter einkalkulieren mussten und das mit Beauftragung des Verkehrsunternehmens sofort verfügbar und genehmigt war.

„Ermöglicht wird das Manöver durch ein verkehrsvertraglich vereinbartes Innovationsbudget.“

„Früher endeten neue Ideen mit der Ausschreibung. Heute macht ein Innovationsbudget Innovationen zum festen Bestandteil von Verträgen und kontinuierlich möglich“, bringt traffiQ das vor vier Jahren mit der Ausschreibung eines Linienbündels initiierte Verfahren auf den Punkt.

Testlabor im Linienbetrieb

Das Ergebnis ist beeindruckend, der ShowBus ein echter Hingucker: Von traffiQ und DB Regio Bus gemeinsam mit weiteren Partnern auf die Straße gebracht, geht das batterie-elektrisch betriebene Fahrzeug Ende 2026 als lebendiges Testlabor für den ÖPNV der Zukunft in den Linienbetrieb. Finanziert wird das 1,4 Millionen Euro schwere Projekt durch die Bündelung der Innovationsbudgets von vier Jahren. Die Herstellung des Chassis erfolgte durch MAN, der Innenausbau wurde von Omnibus Elektroniks & Service GmbH (OES) durchgeführt.

Mit an Bord ist ein intelligentes Innenraumkonzept, das Mobilität neu interpretiert und sich mit vier unterschiedlichen Bereichen nahezu jedem Bedürfnis anpasst. In einer der vier Zonen sorgen waschbare und gewichtsreduzierte Sitze mit ergonomischem 3D-Mesh-Überzug für zeitgemäßen Sitzkomfort. Wenige Schritte weiter werden Fahrgäste von üppig dimensionierten Privacy-Seats empfangen, die neben Ablageflächen für Laptop und Tablet auch Sitzheizung, Sitzkühlung und Massagefunktion bieten. Im Heck überrascht der ShowBus mit der „Lounge“, einem Bereich, der vor allem Familien und Reisegruppen ansprechen dürfte und im Stadtbusverkehr ein echtes Novum ist. Gleiches gilt für die verschiebbaren Sitzreihen gegenüber der zweiten Türe. Sie ermöglichen bei geringem Fahrgastaufkommen ein größeres Sitzplatzangebot und in der Rush Hour mehr Stehplätze.

Fahrgäste schätzen Innovationen

Darüber hinaus setzt der ShowBus mit moderner Displaytechnologie und innovativem Design bei der Fahrgastinformation neue Maßstäbe: Von den flexiblen OLED-Decken-Displays strahlen wahlweise der Sternenhimmel oder saisonale Inhalte. In zwei der vier Sitzzonen können sich Fahrgäste über flexible 30-Zoll-Displays freuen, in der Lounge-Zone werden sogar 55 Zoll geboten und an den Dachvouten werden die Fahrgäste von LED-Modulen mit bis zu fünf Panels auf dem Laufenden gehalten.

Geht es nach DB Regio Bus, darf die traffiQ-Initiative gerne Schule machen. Innovationsbudgets in Verkehrsverträgen geben den Spielraum, neue Technologien und Services schneller in den Regelbetrieb zu integrieren. Das verbessert das Reiseerlebnis und erhöht die Kundenzufriedenheit. ■

SIE WOLLEN MEHR ZUM SHOWBUS ERFAHREN?

Projektleiter **Steffen Colditz** beantwortet Ihre Fragen:

Steffen.Colditz@deutschebahn.com

DB Regio

REMONDIS
ANZEIGE

Wenn KI die Stadtsauberkeit messbar macht

Wie die Stadt Essen Digitalisierung nutzt, um kommunale Ressourcen gezielter einzusetzen



Foto: EBE

Die Sauberkeit einer Stadt und von deren Straßen sind für Bürgerinnen und Bürger ein sichtbares Stück Lebensqualität. Doch stehen Kommunen durch ansteigendes Littering bei knapper werdenden Ressourcen vor der Herausforderung, diese weiter zu gewährleisten. Die Entsorgungsbetriebe Essen GmbH (EBE) geht diese Herausforderung datenbasiert an.

Zum Einsatz kommt CORTEXIA, eine von REMONDIS Digital entwickelte, KI-gestützte Lösung. Das System erkennt kleinteiligen Abfall wie Zigarettenstummel oder Papier und übersetzt den Sauberkeitszustand der Straßen während des laufenden Betriebs in ein übersichtliches Punktesystem, den Clean City Index. So sollen Verschmutzungsschwerpunkte und wiederkehrende Hotspots erkannt und Reinigungsfahrten und Touren gezielter geplant werden.

Daten ergänzen Erfahrung

Die EBE, eine Öffentlich-Private-Partnerschaft der Stadt Essen (51 Prozent) mit REMONDIS (49 Prozent), verbindet durch das Projekt kommunale Verantwortung mit privater Innovationskraft. Durch zwei mit CORTEXIA ausgestattete Pritschenwagen und eine Kleinkehrmaschine wird das Erfahrungswissen der Reinigungsteams vor Ort mit objektiven Daten ergänzt.

So wurden in zuvor ausgewählten Stadtteilen besonders auffällige Straßen identifiziert und es wurde nach Durchführung zusätzlicher oder angepasster Reinigungsmaßnahmen der Sauberkeitszustand nochmals ausgewertet. Bei ersten Auswertungen wurden in mehreren untersuchten Straßen Verbesserungen sichtbar.

Mehr Transparenz bei knappen Kassen

Gerade unter angespannten Haushaltsbedingungen gewinnt eine solche Datengrundlage an Bedeutung. Die zentrale Frage lautet damit nicht, ob eine Kommune KI einsetzen sollte. Viel wichtiger ist, bei welchen konkreten Aufgaben sie einen messbaren Mehrwert schaffen kann.

Das Essener Projekt zeigt, wie ein solcher Ansatz aussehen kann. Mit CORTEXIA haben Kommunen die Möglichkeit, die abgeleiteten Maßnahmen kleinräumig zu testen. Die gewonnenen Daten helfen dabei, Ressourcen stärker am tatsächlichen Bedarf auszurichten. Vorher-Nachher-Vergleiche schaffen Transparenz und machen Veränderungen sichtbar.

Das verändert zusätzlich die Perspektive auf kommunale Digitalisierung. KI muss nicht mit einem abstrakten Zukunftsszenario beginnen. Sie kann bei einer alltäglichen Frage ansetzen, die für eine Stadtgesellschaft unmittelbar relevant ist.

Digitalisierung, die im Alltag ankommt

Damit wird KI zu einem Werkzeug kommunaler Steuerung. Sie schafft keine politischen Entscheidungen und ersetzt auch nicht die Verantwortung der Verwaltung. Sie liefert Informationen, mit denen Entscheidungen belastbarer getroffen werden können.

Erfolgreiche kommunale Digitalisierung beginnt nicht bei der Technologie, sondern bei einer konkreten Herausforderung. CORTEXIA zeigt, wie aus Daten eine belastbare Grundlage für sauberere Städte und einen gezielteren Ressourceneinsatz entstehen kann. Im September wurde das Projekt mit drei zusätzlichen Systemen um weitere 12 Monate verlängert und sammelt nun an drei Kleinkehrmaschinen und drei Pritschenwagen Sauberkeitsdaten. Die EBE macht damit Digitalisierung praktisch nutzbar und schafft eine Lösung, die im Alltag der Stadtgesellschaft Wirkung entfaltet. ■

REMONDIS®
IM AUFTRAG DER ZUKUNFT

PERSÖNLICH FÜR SIE DA:

Janina Schwemm
Kommunale Vertriebssteuerung

janina.schwemm@remondis.de
+49 2306 106 8448

remondis-kommunen.de
REMONDIS Sustainable Services GmbH

AUSBLICK 2026 / 27

NOVEMBER 2026

06.–07. November | Hanau
Kongress Kommunal der KPV von CDU/CSU „Kommunen stärken. Zukunft sichern.“

11. November | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

18.–19. November | Weimar
Werkstatt der Mutigen

18.–19. November | Erfurt
Messe Kommunal
www.kommunal.de/veranstaltung/messe-kommunal-2026

24.–26. November | Dortmund
Heat EXPO
www.heat-expo.de

DEZEMBER 2026

09. Dezember | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse



Foto: ChatGPT

Alle Veranstaltungen auf einen Blick

QR-Code scannen und keinen Termin verpassen:

JANUAR 2027

13. Januar | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

20.–21. Januar | Berlin
Zukunftsforum Ländliche Entwicklung
im Rahmen der Grünen Woche (15.–24. Januar)

FEBRUAR 2027

10. Februar | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

16.–18. Februar | Essen
eWorld of Energy

17.–18. Februar | Berlin
Handelsblatt GovTec-Gipfel

MÄRZ 2027

02.–03. März | Berlin
Kongress Digitaler Staat

10. März | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

APRIL 2027

14. April | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

27.–28. April | Kassel
KGSt-Zukunftswerkstatt Kleine Kommunen

28.–29. April | Düsseldorf
Polis Convention

MAI 2027

10.–11. Mai | Berlin
Re:Publica

11. Mai | Bonn
Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) Klimaschutzkonferenz

12. Mai | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

23. Mai
Ehrentag des Grundgesetzes

JUNI 2027

1.–3. Juni | Magdeburg
Hauptversammlung Deutscher Städtetag

2.–3. Juni | Berlin
Creative Buereaucracy Festival

9. Juni | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

9.–10. Juni | Berlin
Zukunftskongress Staat und Verwaltung

12. Juni
Tag der Städtebauförderung

16.–17. Juni | Wittenberge
Kleinstadtkongress

17.–18. Juni | Berlin
NJB-Jahrestagung
Landesvertretung Baden-Württemberg

JULI 2027

14. Juli | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

SEPTEMBER 2027

8. September | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

OKTOBER 2027

4.–6. Oktober | München
Expo Real

5.–7. Oktober | Berlin
Smart Country Convention

13. Oktober | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

23. Oktober | Nürnberg
KOMMUNALE

NOVEMBER 2027

10. November | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

DEZEMBER 2027

8. Dezember | 11:00–12:30
NJB-Digital-Impulse

Deka Institutionell

Wo Wirtschaften uns alle angeht.

Unser Kompetenzteam Öffentlicher Sektor – für alle, die täglich für uns da sind.

Als Mitglied der Sparkassen-Finanzgruppe und Anstalt des öffentlichen Rechts kennen wir nicht nur Ihre Strukturen und Entscheidungsprozesse, sondern auch Ihre wirtschaftlichen, rechtlichen und politischen Vorgaben für Investitionen – gemeinsam entwickeln wir die Lösungen, mit denen Sie die Herausforderungen in Ihrer Region meistern können.

Überlegen. Investieren.



Asset Servicing | Fundamentales Portfoliomanagement | Kapitalmarktlösungen | Passives Portfoliomanagement | Quantitatives Portfoliomanagement | Real Assets

DekaBank Deutsche Girozentrale
Weiterführende Informationen unter deka-institutionell.de

Finanzgruppe